

1918

1918: AUSRUFUNG DER REPUBLIK



Ausrufung der Republik

Am Beginn der Ersten Republik stand der Wechsel von einer konstitutionellen Monarchie zu einer parlamentarischen Demokratie, nur sechzehn Jahre später erfolgte die Umwandlung in einen autoritären Ständestaat und schließlich 1938 die Errichtung der totalitären nationalsozialistischen Herrschaft.

Die Gründe für die kurze Dauer der parlamentarischen Demokratie der Ersten Republik sind einerseits in der mangelnden Verwurzelung demokratischen Denkens bei einem Großteil der politischen RepräsentantInnen der Republik und in der Bevölkerung selbst zu sehen, andererseits auch in der nach dem verlorenen Krieg schwierigen wirtschaftlichen Lage, die die Überlebensfähigkeit Österreichs den politischen Entscheidungsträgern überhaupt fraglich erscheinen ließ und im Verlauf der zwanziger Jahre zur Destabilisierung der Demokratie beitrug.

Schon die Ausrufung der Republik Deutschösterreich durch die Provisorische Nationalversammlung am 12. November 1918 machte die einhellige Ablehnung des geschrumpften Staates durch seine eigenen RepräsentantInnen deutlich: In Artikel 2 des Gesetzes über die Staats- und Regierungsform Deutschösterreichs wurde es zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärt. Der Anschluß an Deutschland wurde im Vertrag von St. Germain von den Alliierten untersagt und konnte nicht vollzogen werden.

Seitens der Arbeiter- und Soldatenräte, die in den Monaten nach Kriegsende bis 1919 einen gewissen politischen Einfluß hatten, wurde die parlamentarische Republik überhaupt abgelehnt und stattdessen die Schaffung einer Räterepublik gefordert.

Vor diesem Hintergrund bestand in der Frage der Regierungsform zwar zunächst Einigkeit zwischen den beiden führenden Parteien – die Sozialdemokratie bekannte sich zur Republik, die Christlichsozialen akzeptierten sie widerwillig –, in den meisten anderen politischen Fragen nahmen sie jedoch kontroverielle Standpunkte ein. Mit dem Abflauen der revolutionären Phase und der vorübergehenden Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Situation verschärfte sich die Auseinandersetzung der beiden weltanschaulich-politischen Lager und wurde in zunehmend blutigen Zusammenstößen der bewaffneten Verbände Heimwehren und Republikanischer Schutzbund auch auf der Straße ausgetragen. Dieser Konflikt bestimmte die weitere politische Entwicklung der Ersten Republik und ist mit als Grund für das Scheitern der parlamentarischen Demokratie anzusehen.

Die folgenden Texte befassen sich daher eingehend mit der Christlichsozialen und der Sozialdemokratischen Partei als den politischen Entscheidungsträgern der Ersten Republik und ihrer Haltung zum Parlamentarismus.

DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS BEI DEN ÖSTERREICHISCHEN SOZIALDEMOKRATEN

HELMUT KONRAD

Die Geschichtsschreibung zur österreichischen Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit hat ihr Augenmerk vornehmlich auf die Arbeiterbewegung als Kulturbewegung gerichtet. Das Experiment des „Roten Wien“, die Erziehung zum „Neuen Menschen“ standen und stehen im Vordergrund des Interesses. „Eine siegreiche Revolution braucht vor allem Ingenieure (Sowjetunion); eine erfolglose Revolution bedarf der Psychologie (Wien)“,¹ hatte Paul Lazarsfeld geschrieben und damit einen möglichen Erklärungsansatz dafür geboten, warum der Austromarxismus, die dominante politische Position in der österreichischen Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit, sich in erster Linie als Kulturbewegung darstellt. Aber auch das prinzipielle Politikverständnis der österreichischen Sozialdemokratie mit der reformistischen Grundtendenz war schon seit dem Hainfelder Parteitag von 1888/89 darauf ausgerichtet, der „Erhebung aus der geistigen Verkümmernung“² zu dienen und somit dem sogenannten „Überbaubereich“ die entscheidende Rolle zuzuordnen. Es gibt also neben dem kurzfristigen Erklärungsansatz, der den Verlauf der österreichischen Revolution als zentrales Moment sieht, auch die langen Linien einer ideologischen und kulturellen Tradition, die beachtet werden müssen.

Um Demokratieverständnis, parlamentarische Haltung und nationale Frage bei den österreichischen Sozialdemokraten der Zwischenkriegszeit richtig beurteilen zu können, scheint es daher wichtig zu sein, diesen kulturgeschichtlichen Gesamtzusammenhang als

Hintergrund zu sehen und gleichzeitig die Schlüsselrolle der sogenannten „österreichischen Revolution“ von 1918/19 zu akzeptieren. /.../

Der subjektive Spielraum in der Frage der Staatsform

Seit der Übernahme des liberalen Erbes, zumindest in seinen demokratischen Teilen, aus der Revolution von 1848, einem Prozeß, der etwa in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts ablief, spätestens aber seit der stillschweigenden Akzeptanz des Revisionismus um die Jahrhundertwende im Wiener Programm von 1901³ trägt die österreichische Sozialdemokratie ihren Namen, in dem explizit auf den Charakter einer Partei verwiesen wird, die für die Erreichung bzw. Ausweitung der Demokratie eintritt, zu Recht. Der Kampf um das allgemeine Wahlrecht, vorerst für Männer (eine Einschränkung, die der Grundhaltung der österreichischen Sozialdemokratie in dieser Frage zumindest nicht zuwiderlief)⁴, galt nicht zufällig für Jahre als Hauptanliegen, das alle internen Fraktionskämpfe und Probleme, so gar die nationale Frage, den sogenannten „Sprachenstreit“, zudeckte.

Als dieses allgemeine Männerwahlrecht 1907 die Sozialdemokratie zu einem bedeutenden innenpolitischen Faktor gemacht hatte, begann ein Prozeß der Integration in den Staat, der aus der verbal revolutionären Partei die „k. k. Sozialdemokratie“ machte, deren staats-erhaltende Grundtendenz nicht mehr ernstlich bezweifelt werden konnte. In der österreichischen Reichshälfte lief somit in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ein Prozeß ab, der die führenden Männer der Arbeiterbewegung an die prinzipielle Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung oder zumindest an den Ausgleich der sozialen Ungleichgewichte im Rahmen bestehender (oder ohne Spielregelverletzung neu zu beschließender) Gesetze glauben ließ. /.../

War also die demokratische Grundhaltung akzeptiert, so stellten sich doch in der Diskussion um die Theorie, vor allem im Rahmen der Organisationstheorie, ernste Probleme. Vorrangig war hier die Auseinandersetzung um den „demokratischen Zentralismus“.⁵ In der Kritik an der leninistischen Position, aber auch in Abgrenzung zu Rosa Luxemburgs Spontaneität „von unten“ war etwa Otto Bauer für einen gemäßigten, aber doch konsequenten Zentralismus, soweit er in einem Staatsgebilde wie der österreichischen Reichshälfte praktikierbar war. Dieser Zentralismus, bis zur Gegenwart, zumindest aber bis in die siebziger Jahre unseres Jahrhunderts⁶ strukturelles Merkmal der österreichischen Sozialdemokratie, hatte in der Monarchie ohne Zweifel eine wichtige Schutzfunktion für bildungsmäßig Unterprivilegierte, bedeutete aber auch einen Entscheidungsfluß von oben nach unten und die Verwerfung eines demokratischen Subsidiaritätsprinzips.

Für Teile der Führungsgarnitur brachte das Ende des Ersten Weltkriegs ein Umdenken. Hatte die Sozialdemokratie insgesamt in den beiden letzten Kriegsjahren einen Schritt nach links getan, vor allem um die Einheit nicht zu gefährden, so schienen sich 1918 auch grundsätzlich neue Perspektiven aufzutun. Zwar wurde am demokratischen Zentralismus festgehalten, und im Aktionsprogramm des Verbandes sozialdemokratischer Abgeordneter vom Februar 1919 wurde eine Verfassung für Deutsch-Österreich angeregt, die prinzipiell antiföderalistisch sein sollte (Einkammerparlament, Reichsrecht bricht Landesrecht etc.).⁷ Aber der linke Flügel der Bewegung, der die Organisation der Räte trug, begann über die Demokratie hinauszudenken, empfand sie als Hemmschuh. „Die Demokratie, so lange ein Hauptkampfmittel des Sozialismus, ... ist selbst verdächtig geworden als ein nur unzulängliches Werkzeug der proletarischen Revolution, als ein im wesentlichen bürgerliches Kampfmittel, das wohl geeignet sei, als Grundlage einer bürgerlichen Republik zu dienen, aber dem Klassenkampf des Proletariats nicht nur keine Bewegungsfreiheit zur Überwindung des bürgerlichen Klassenstaates belasse, ja die revolutionäre Energie für diese Aufgabe geradezu lähme“,⁸ schrieb Max Adler 1919. „Demokratie, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“, formulierten diese Kreise in Anlehnung an Deutschland wenig später.

Stärker aber waren die geschilderten demokratischen Traditionen seit sieben Jahrzehnten. Der Großteil der handelnden Personen legte Wert darauf, zu den „besseren Demokraten“ zu zählen, für sich in Anspruch zu nehmen, die parlamentarische Demokratie gegen den Willen des Bürgertums in diesem Staate durchgesetzt zu haben. So schrieb Otto Bauer etwa im Dezember 1919 in der Diskussion um das Asylrecht für geflüchtete ungarische Revolutionäre: „Unser Bürgertum ist vor einem Jahr zu seiner eigenen Überraschung plötzlich ‚demokratisch‘ geworden. Es hat schon ganz brav gelernt, gegen die Ansprüche der Arbeiterräte auf öffentliche Gewalt die Prinzipien der Demokratie zu verfechten. Aber man wird nicht über Nacht zum echten Demokraten. Vom Wesen, vom Inhalt, von der Tradition der Demokratie, ja selbst nur des echten Liberalismus hat unser Bürgertum keine Ahnung. Seine Feindschaft gegen das Asylrecht ist geradezu ein Gradmesser seiner ‚Demokratie‘“.⁹

Die Spannweite der Positionen innerhalb der Arbeiterbewegung war in dieser entscheidenden Frage, dem Verhältnis zur Demokratie, groß. Dennoch gelang es der österreichischen Sozialdemokratie, im Gegensatz zu den meisten europäischen Schwesterparteien, in dieser Phase ihre Integrationskraft zu bewahren. Sie war gleichzeitig die dominante Kraft in der Regierung und Trägerin der stärksten außerparlamentarischen Opposition, und dieser Mechanismus wurde in einem komplizierten und gefährlichen Spiel zur gegenseitigen Stützung und Beschleunigung eingesetzt, wobei aber außer Frage stand, daß die meisten Handlungsträger den demokratisch-parlamentarischen Ast als den wesentlichen und auch bestimmenden sahen. Es war aber der außerparlamentarische Druck, der die Erfolge in Parlament und Regierung, wie etwa die berühmte Sozialgesetzgebung, ermöglichte. Die mit diesem Druck erzielten politischen Erfolge bekamen aber so das Stigma des „revolutionären Schutts“, die von der Sozialdemokratie durchgeführte bürgerliche Revolution mit ihren sozialstaatlichen Komponenten galt einer bürgerlichen Öffentlichkeit als sozialistische Gesellschaftsänderung. Die bürgerliche Revolution gegen das Bürgertum bedingte die mangelhafte Identifikation der nicht-sozialdemokratischen Parteien mit dem Staat, den sie ab 1920 beherrschten.

Anders als auf Bundesebene lief die Entwicklung in den Ländern. Von wenigen Ausnahmen in klassischen industriellen Ballungsräumen abgesehen war hier die Sozialdemokratie erst zu einem Zeitpunkt ein quantitativ beachtenswerter Faktor geworden, als die Theoriebildung insgesamt die revolutionäre Periode hinter sich hatte. Zudem waren die Christlich-sozialen meist in einem Ausmaß dominant, daß ein Bündnis in kulturkämpferischer Tradition mit den Nationalen die Regel war. Nach 1918 standen Länderinteressen im Vordergrund, und selbst die Rätebewegung betonte primär ihre Landesbindung. Die Länderverfassungen sahen die politische Zusammenarbeit vor, und die Sozialdemokraten erwiesen sich als verlässliche Juniorpartner in diesen Proporzregierungen. Über die Länder ist auch die Frage der Kontinuitäten zur Zweiten Republik in einem anderen Licht zu sehen als bei einer Fixierung auf die großen Auseinandersetzungen auf gesamtstaatlicher Ebene. /.../

Wie groß war also in den Jahren 1918 bis 1920 der subjektive Handlungsspielraum der Sozialdemokratie in der Frage der Staatsform? Die Bewegung ließ zweifellos, außer am strategisch wichtigen linken Rand, ein Hinausdenken über die Demokratie nicht zu. In zumindest drei Varianten wurden die Grenzen eng gezogen:

a) Regional: Nur die Großstadt und industrielle Ballungsräume ließen das alleinige Ausüben der Macht nicht gänzlich unrealistisch erscheinen. Je weiter von den Zentren, desto weniger waren Formen der Räteherrschaft (eher schon Reste von anarchistischen Herrschaftslosigkeitsideologien) überhaupt denkbar, denn desto ungebrochener stand man viel eher im liberal-demokratischen als im marxistischen Erbe.

b) Altersmäßig: Je älter Politiker waren, desto stärker war ihre Integration in die bestehende Gesellschaft schon erfolgt. Nur bei jungen Funktionären, die auf diese Art auch einen Generationskonflikt austrugen, konnten Räteideen breiter Fuß fassen.

c) Hierarchisch: Über die Demokratie hinaus dachten nicht die unmittelbare Führungsgarnitur, auch nicht der kleine Funktionär, sondern mittlere Funktionärskader, meist gebildet und jung, und kleinere Teile der sogenannten „Basis“.

*Aufmarsch des
Republikanischen
Schutzbundes,
Linz Stadtplatz.
Der Republikanische
Schutzbund,
1923 aus den
Arbeiterwehren
hervorgegangen,
wurde 1933 von der
Regierung Dollfuß
verboten, bestand
aber illegal weiter.
Quelle:
VGA/AZ-Bildarchiv*



Die Positionen, die innerhalb der Sozialdemokratie in diesen entscheidenden Jahren bezogen wurden, blieben in großen Zügen auch in den Jahren nach dem Bruch der Koalition bestehen. Die Partei fühlte sich als Hüterin der Demokratie, die Diskussion um andere Staatsformen („Diktatur des Proletariats“) blieb ganz kleinen Zirkeln vorbehalten und spielte nur innerparteilich zur Einbindung des linken Flügels eine nennenswerte Rolle. Zudem blieb sie ihrer zentralistischen Grundposition treu.

In ihrem Parteiprogramm von 1926 sprach sich die Sozialdemokratie eindeutig gegen die Konstruktion des Bundesstaates aus. Sie trat für die Einheitsrepublik auf und wollte das föderalistische Prinzip nur für die Gemeinden angewendet wissen. Das hatte nicht nur aktuelle politische Gründe, sondern lag auf der Linie der Diskussion um den demokratischen Zentralismus. /.../

Objektiver Handlungsspielraum in der „österreichischen Revolution“

Enger als bei den subjektiven Faktoren werden bei den objektiven Handlungsspielräumen die zeitlichen Grenzen zu ziehen sein. Denn nur für ein knappes Jahr, vom Kriegsende bis zum Sommer 1919, schien eine ganze Palette an Möglichkeiten für die Gestaltung des neuen Staates offenzustehen.

Um die tatsächliche Bandbreite an Möglichkeiten in diesem Zeitraum feststellen zu können, müssen zumindest die folgenden drei Fragen gestellt werden:

- a) War die österreichische Rätebewegung ein brauchbares Vehikel für eine Transformation der Gesellschaftsordnung?
- b) War ein „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ tatsächlich existent oder nur Fiktion?
- c) Wie unterschieden sich die ökonomischen und außenpolitischen Rahmenbedingungen von jenen der anderen unterlegenen Staaten, d. h., wie entscheidend war der Einfluß der Siegermächte?

Die österreichischen Räte waren in den Tagen des Jännerstreiks von 1918 entstanden. Aber schon in ihrer Entstehungsgeschichte zeigt sich die spezifisch österreichische Komponente. Spontan hatten die Streikenden am 15. Jänner im Wiener Neustädter Industrieviertel ihre Räte gewählt, aber schon zwei Tage später wurden diese Räte von der Sozialdemokratie an die Leine genommen.¹⁰ Von den gewählten 310 Mitgliedern des Wiener Arbeiterra-



*Heimwehraufmarsch in Bruck/Mur. Im Verlauf der Ersten Republik spielten die bewaffneten Verbände – Heimwehren und Republikanischer Schutzbund – eine immer größere Rolle in der Konfrontation der beiden politischen Lager.
Quelle: VGA/AZ-Bildarchiv*

tes kamen nur zwei aus der Gruppe der Linksradiكالen. Die Rätebewegung war also nie eine Alternative zur Sozialdemokratischen Partei, sondern deren Ergänzung. Bis zum März 1919 war die Wählbarkeit in den Arbeiterrat sogar „an die Mitgliedschaft zur Sozialdemokratischen Partei, zur Gewerkschaftsorganisation und überdies an das Abonnement der Arbeiter-Zeitung gebunden“.¹¹ Erst in den Folgemonaten gelangen den Kommunisten unbedeutende Einbrüche in die Gremien, die aber einer mehr als neunzigprozentigen sozialdemokratischen Mehrheit gegenüberstanden. Auch die Roten Garden, wohl für putschistische Aktionen, wie etwa am 12. November 1918, stark genug, waren kein machtpolitisches Gegengewicht.

Dennoch, allein die Existenz der Arbeiterräte bildete einen wichtigen außerparlamentarischen Organisationsansatz. Wie immer instrumentalisiert, machten sie doch eine Staatsführung jenseits parlamentarisch-demokratischer Spielregeln denkbar. Und nur auf diese Weise konnte das Wechselspiel funktionieren, in dem die Räte glaubwürdig als Druckmittel zur Durchsetzung von Forderungen innerhalb des parlamentarischen Systems einsetzbar waren, eine Waffe, die aber bei häufiger Anwendung zwangsläufig stumpf werden mußte und historisch auch tatsächlich wurde.

All dies funktionierte zudem nur in Wien und im ostösterreichischen Industriegebiet. In den westlichen Bundesländern verstanden sich die Räte selbst nicht als Vehikel zur Gesellschaftsänderung, sondern nur zur Regelung konkreter regionaler Probleme, vornehmlich der Versorgung der Städte. Man fand sich zu gemeinsamer Arbeit mit den Produzenten, den Bauern, zusammen, denn „das beste Mittel gegen den gefürchteten Bolschewismus sind Lebensmittel, und die müssen wir daher bekommen“,¹² wie der sozialdemokratische Vizebürgermeister von Steyr, Wokral, ausführte. Wie sehr hier die Landesinteressen vor den gesamtpolitischen Fragestellungen kamen, zeigt etwa eine Forderung des Arbeiter- und Soldatenrates von Oberösterreich vom Februar 1919, in der neben anderen Punkten auch die „hermetische Schließung der Grenzen Oberösterreichs und genaue Kontrolle der behördlich genehmigten Ausfuhr durch den Arbeiter- und Soldatenrat“¹³ verlangt wurden. All dies machte es möglich, daß auch nicht-sozialistische Politiker in den Bundesländern in den Räten eine willkommene Hilfe bei der Lösung der ungeheuren Probleme der ersten Friedensmonate erblicken konnten. Systemgefährdende oder gar -überwindende Perspektiven fehlen hier völlig.

So wird man wohl konstatieren müssen, daß das notwendige Instrument für die Errichtung einer Räteherrschaft, die Arbeiter- und Soldatenräte, in Österreich 1918 bis 1920 nicht zu

diesem Zweck eingesetzt werden konnte. Der Handlungsspielraum in der Frage der Staatsform war also dadurch entscheidend eingeengt. Und wenn radikale Elemente um die Kommunistische Partei Teile der Räte zu Demonstrationen gegen den bürgerlichen Staat bewegen konnten, wie etwa im April 1919 bei den Unruhen in der Wiener Hörlgasse, zögerten Sozialdemokraten wie Julius Deutsch und Matthias Eldersch nicht, „die Exekutive gegen Demonstrationen ... einzusetzen“.¹⁴ /.../

Wie stand es aber mit dem sogenannten „Gleichgewicht der Klassenkräfte?“ – „So wenig eine bürgerliche Regierung möglich war, so wenig war eine rein sozialdemokratische Regierung möglich. So wenig das große Industriegebiet Wiens, Wiener Neustadts und der Obersteiermark eine rein bürgerliche Regierung ertragen hätte, so wenig hätte das große Agrargebiet der Länder eine rein sozialdemokratische Regierung ertragen ... Es war keine Regierung möglich ohne und gegen die Vertreter der Arbeiter. Es war keine Regierung möglich ohne und gegen die Vertreter der Bauern. Eine gemeinsame Regierung der Arbeiter und der Bauern war die einzige mögliche Lösung. Arbeiter und Bauern wußten sich in der Regierung zu verständigen, sie mußten gemeinsam zu regieren versuchen, wenn sie nicht binnen kurzem im offenen Bürgerkrieg einander gegenüberstehen sollten.“¹⁵

Tatsächlich war innerhalb der Regierung die Sozialdemokratie in der stärkeren Position. Sie war in der Phase des Zusammenbruchs der Monarchie rascher handlungsbereit, konnte schneller reagieren, nicht zuletzt durch die strafferen Organisationsformen, und hatte als einzige politische Kraft zumindest grobe Konzepte. Aber dennoch war sie nur bedingt mehrheitsfähig. Und als Vertreterin eines möglichst exakten Verhältniswahlrechts konnte sie zwar zur stärksten Partei werden, eine absolute Mehrheit lag aber nicht im Rahmen des Erreichbaren.

Durch das Ausbleiben zumindest zweier zentraler Reformen, der Bodenreform und der Sozialisierung, entsprach das „Gleichgewicht“ in den politischen Gremien aber keinesfalls der gesamtgesellschaftlichen Realität. Und das Konzept, die fehlende Macht durch außerparlamentarische Druckmittel zu holen, konnte nur kurze Zeit erfolgreich sein und mußte im Machtverlust enden, da einerseits die Domestizierung der außerparlamentarischen Kräfte notwendige Voraussetzung war, andererseits die Glaubwürdigkeit dieser Kräfte durch mehrfachen Einsatz geringer werden mußte. Aber angesichts der drohenden Spaltung des Landes, der ungeheuren Probleme der Versorgung etc. war eine andere Vorgangsweise ein Risiko, das man nicht tragen konnte und wollte. Die Sozialdemokratie mußte ihre Machtinstrumente daher selbst beschneiden. /.../

Objektiv liegt allerdings im Ausbleiben des Versuchs, die österreichische Revolution bis zu einer Räteherrschaft voranzutreiben, gleichzeitig unausweichbar die Fixierung der österreichischen Sozialdemokratie auf die Minderheitsposition im jungen Staat. Das „Gleichgewicht der Klassenkräfte“, wenn es überhaupt je ein solches gegeben haben sollte, konnte sich nur zuungunsten der Arbeiterbewegung verschieben.

Wenn man die ökonomischen und außenpolitischen Faktoren beachtet, so schien Deutsch-Österreich bei der Teilung der Erbmasse der Monarchie auf den ersten Blick gar nicht schlecht abzuschneiden. Auf 22% der ehemaligen Gesamtbevölkerung entfielen nicht weniger als 30% des Volkseinkommens.¹⁶ Die Probleme lagen aber im strukturellen Ungleichgewicht und im Chaos, im Mangel an Lebensmitteln und an Brennstoffen. Sicherten sich schon in der jungen Republik die agrarischen Bundesländer gegen allzu große Lebensmittellieferungen nach Wien ab, so wäre die Ernährungslage in einem ostösterreichischen Rätestaat unvorstellbar gewesen. Im Jänner 1919 wurde in Donawitz der letzte Hochofen angeblasen, da die Kohle fehlte.

Daran hing die gesamte Schwerindustrie und mit ihr die Lebensgrundlage der Arbeiterbewegung des jungen Staates. Jede revolutionäre Aktion hätte diese wirtschaftliche Situation noch zusätzlich verschärft, die ohnedies schlimmer als in Bayern oder in Ungarn war. So war das Bremsen der Revolution auch eine Überlebensfrage. Der „Sieg über den Bolschewismus bedeutete aber nichts weniger als die Selbstbehauptung der österreichischen Revolution. Hätte der Bolschewismus auch nur für einen Tag gesiegt, so wären die Hungerkata-

strophen, der Krieg, die Besetzung des Landes durch fremde Truppen die unvermeidlichen Folgen gewesen“.¹⁷

Aber selbst in dieser Situation bewährte sich das Doppelspiel der Sozialdemokratie mit Regierungsverantwortung und Rätebewegung. Wurde etwa in den Friedensverhandlungen von Saint Germain mit einer Einstellung der Lebensmittellieferung durch die Siegermächte gedroht, „falls sich der junge Staat etwa nicht in den Ring um die ungarische Räterepublik einordnen lasse, so verstand es der Delegationsführer Renner, seine Antworten so zu formulieren, daß hinter seinem Bitten um weitere Lebensmittellieferungen unmißverständlich die Drohung mit der sonst unvermeidlichen sozialen Revolution in Deutsch-Österreich stand“.¹⁸ Renner schrieb etwa am 15. Juli 1919 an Clemenceau: „In wenigen Tagen schon sollen die Lebensmittellieferungen eingestellt werden, die wir bisher von den alliierten und assoziierten Großmächten erhalten haben. Die Folge davon wäre, daß in Wien und in unseren Industriegebieten, die gegenwärtig kein Fleisch, keine Kartoffeln und nur sehr geringe Rationen Fett erhalten, auch die Verteilung von Brot und Mehl eingestellt werden müßte. Die Bevölkerung wäre so dem Verhungern und den schwersten sozialen Erschütterungen preisgegeben.“¹⁹

Die Furcht der Entente vor einer Machtübernahme der Räte in Österreich war 1919 tatsächlich für einige Monate zu groß, um die Industriegebiete ökonomisch gänzlich aushungern zu können. Dies vergrößerte den außenpolitischen Spielraum der Regierung, die es sich leisten konnte, Maßnahmen zu sabotieren, die gegen das revolutionäre Ungarn gerichtet waren. So wurden Waffen aus den deutsch-österreichischen Depots, die der Tschechoslowakischen Republik ausgeliefert hätten werden sollen, um von dort gegen Ungarn eingesetzt zu werden, nach Innsbruck geschickt und den Italienern übergeben. Und der Einsatz von Freiwilligen in der Roten Armee Ungarns ist ja bekannt, vor allem die 1200 Männer um Leo Rothziegel, die an der rumänischen Front kämpften und sich in Österreich zu einem guten Teil aus der ehemaligen „Roten Garde“ rekrutierten. Rothziegel verlor in den Kämpfen sein Leben.

Der außenpolitische Handlungsspielraum war also klein, aber doch durch geschickte Politik zu nützen. Ökonomisch aber waren die Grenzen so eng gezogen, daß darin wohl ein Hauptgrund für das Stoppen der österreichischen Revolution auf einer bestimmten Stufe gesehen werden muß. /.../

Zur Verfassungsdiskussion

Einige rudimentäre Bemerkungen sollten zu diesem Kapitel genügen, da unlängst eine breite Aufarbeitung dieser Thematik vorgelegt wurde.²⁰

Für die Sozialdemokratie gab es beim Zusammenbruch der Habsburgermonarchie zumindest vier Bereiche, in denen sie ihre Vorstellungen durchbringen wollte:

a) Die Ablösung der Monarchie:

Als am 21. Oktober 1918 im niederösterreichischen Landhaus die provisorische Nationalversammlung für Deutsch-Österreich zusammentrat, waren mit Ausnahme der Sozialdemokratie alle anderen Parteien für die Beibehaltung der Monarchie. In wenigen Wochen gelang es, in dieser Frage einen Durchbruch zu erzielen und sich nach dem Rücktritt Kaiser Karls darauf zu einigen, daß der neue Staat eine demokratische Republik sein sollte. Von ebensolchem „Erfolg waren die Bemühungen der Staatsregierung um die Festigung der Republik und um die Beseitigung aller Reste der Monarchie gekennzeichnet. Am 27. März 1919 konnte Renner bereits die Gesetze betreffend die Landesverweisung und die Übernahme des Vermögens des Hauses Habsburg-Lothringen, über die Abschaffung der Exterritorialität einiger regierender Familien und die Aufhebung des Adels vorlegen“.²¹ Dennoch blieb eine Bodenreform aus, der formalen Entmachtung des Adels folgte keine ökonomische.

b) Die Volksherrschaft:

Die Neugründung des Staates im Oktober 1918 wird mit gutem Grund als „parlamentarische Revolution“²² bezeichnet. Die deutschsprachigen Reichsratsabgeordneten hatten die

Initiative ergriffen und waren an die Konstruktion des neuen Staates gegangen, der es nicht nur aus außenpolitischen Überlegungen ablehnte, als Rechtsnachfolger der Monarchie zu gelten. Diese parlamentarische Initiative unter der Dominanz der Sozialdemokratie führte dazu, daß eine unmittelbare Volksherrschaft errichtet werden sollte. „Die provisorische Nationalversammlung zog nämlich nicht nur die Legislative, sondern auch die exekutive Gewalt an sich.“²³ Der Staatsrat, vom Parlament aus seiner Mitte bestimmt, übte diese exekutive Gewalt aus. Ein Staatspräsident sollte, nach dem Willen der Sozialdemokraten, nicht gewählt werden. Diese Überlegungen konnten sich aber nur für kurze Zeit behaupten.

c) Der Antiföderalismus:

Über die Funktion des Zentralismus in der österreichischen Arbeiterbewegung wurde schon oben kurz gesprochen. In der Umbruchsituation von 1918 kam aber noch hinzu, daß die Separatinteressen der Länder die Existenz eines Gesamtstaates ernsthaft bedrohten und die ökonomische Krise, vor allem die der Lebensmittelversorgung, dramatisch verschärften. Zudem schienen die konservativen Kräfte die Vorherrschaft in den Ländern so deutlich innezuhaben, daß die Landesverwaltungen zu Ausgangspunkten gegenrevolutionärer Bestrebungen hätten werden können. Es war vor allem Friedrich Austerlitz, der aus den genannten Gründen den Kampf gegen den Föderalismus führte.

d) Der „Anschluß“ an Deutschland:

Alle Diskussionen um die Verfassung eines deutsch-österreichischen Staates wurden aber überlagert von der Vorstellung, daß es sich nur um eine sehr kurze Übergangslösung handeln müsse, denn der Anschluß an ein demokratisches und womöglich sozialistisches Deutschland schien ein realisierbares Nahziel zu sein. „Wenn wir heute bekräftigen, daß Deutsch-Österreich als eine demokratische Republik ein Bestandteil der großen deutschen Republik sein soll, so wird niemand bezweifeln können, daß wir befugt sind, diesen Beschluß zu fassen im Namen unserer Wählerschaft, im Namen des ganzen deutsch-österreichischen Volkes. (Lebhafter Beifall.) Die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit der großen deutschen Republik bekräftigen wir heute als unser Programm. Aber über die Phase bloß programmatischer Erklärungen sind wir heute zum Glücke schon hinaus“,²⁴ führte Otto Bauer im März 1919 vor der Nationalversammlung aus. Vor diesem Hintergrund ist das relativ geringe Engagement der Sozialdemokratie in der Verfassungsdiskussion der ersten Monate des jungen Staates erklärbar.

Tatsächlich überließ die Arbeiterbewegung für einige Zeit die Initiative in der Verfassungsdiskussion den anderen Lagern. Neben dem Anschlußdenken spielte dabei auch die Hoffnung auf eine weitergehende Gesellschaftsänderung eine nicht geringe Rolle. Erst 1920 stieg das Interesse an, als die außerparlamentarische Macht abnahm und der Anschluß in weite Ferne gerückt war. Vor allem Robert Danneberg arbeitete intensiv an Verfassungsfragen. Er konnte im April 1920 einen ersten Verfassungsentwurf vorlegen, der noch manche Punkte aus den ursprünglichen Zielsetzungen enthielt (z. B. war kein Staatsoberhaupt vorgesehen), der aber die bundesstaatliche Konstruktion schon akzeptierte.²⁵ Alle zwei Jahre sollte gewählt werden, um den Politisierungscharakter von Wahlkämpfen nutzen zu können.²⁶

Ein heftiges Ringen setzte ein, und Dannebergs Entwurf bildete den Gegenpol zum Entwurf von Staatssekretär Mayr. Renner, Mayr und Kelsen feilten an einem Kompromiß, und ein Unterausschuß des Verfassungsausschusses mit den Sozialdemokraten Bauer, Danneberg, Eldersch und Eisler (die beiden Letztgenannten wurden später durch Abram und Leuthner ersetzt)²⁷ arbeitete bis September 1920 diesen Kompromiß aus. „So setzte eine mit sozialistischen Vorstellungen angetretene, von revolutionären Massen getragene Sozialdemokratie unter den Spielregeln der parlamentarischen Diskussion letztlich doch keine sozialistische, sondern lediglich eine parlamentarisch-demokratische Verfassung durch.“²⁸ Allerdings galt dies 1920 als Sieg, und von christlichsozialer Seite wurde der Verfassungskompromiß auch kritisiert.

Die weitere Geschichte sollte bestätigen, wie sehr die bürgerlichen Parteien diese Verfassung als Hemmschuh bei der Durchsetzung ihrer Politik empfinden mußten. Vor allem in der

Verfassungsreformdiskussion von 1928/29, in der von sozialdemokratischer Seite wiederum Robert Danneberg die zentrale Persönlichkeit war, sollte sich dies zeigen. Wenn die Fassung von 1929 auch nach dem Zweiten Weltkrieg als Verfassung der Zweiten Republik übernommen wurde, stellt sie doch keinen Kompromiß dar, sondern ist nur Ausdruck des Verteidigungsgeschicks der sozialdemokratischen Verhandler. Ulrich Kluge sieht in ihr sogar einen wichtigen Markstein auf dem Weg, der von der Demokratie weg und hin zur autoritären Staatsform führte, und spricht von einer „präsidialstaatlichen Umformung des Verfassungsgefüges“,²⁹ mit dem Ziel, „die Autorität der Exekutive und des Bundespräsidenten auf Kosten der Legislative zu stärken“.³⁰ Wenn dies auch, vor allem aus der Sicht der Gegenwart, ein überhartes Urteil sein dürfte, so ist doch richtig, daß in den Verhandlungen ursprüngliche Positionen der Sozialdemokratie preisgegeben werden mußten, was den „historischen Kompromiß“ des Jahres 1920 verwässerte und Ausdruck des neuen Kräfteverhältnisses im Staat war, das sich zuungunsten der Arbeiterbewegung verschoben hatte. Die Sozialdemokratie mußte aber „schließlich im Jahr 1933 in voller Tragweite erkennen, daß zu einer Demokratie mehr notwendig ist als eine demokratische Verfassung. Im Unterschied zu autoritären Staatsformen muß die Demokratie vor allem von der demokratischen Mehrheit ihrer Bürger getragen werden“.³¹ Und diese nicht wirklich geformt zu haben, war die Hauptschwäche der Ersten Republik, an der sie letztlich zerbrach.

Aus: Konrad, Helmut: Demokratieverständnis, parlamentarische Haltung und nationale Frage bei den österreichischen Sozialdemokraten. In: Drabek, Anna, Plaschka, Richard, Rumpler, Helmut (Hg.): Das Parteienwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit, Verlag der ÖADW, Wien 1990, S. 107–118, 122–125

- | | |
|---|--|
| <p>1 Zitat nach Josef WEIDENHOLZER, Auf dem Weg zum „Neuen Menschen“. Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik (Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung 12, Wien 1981) 64.</p> <p>2 Prinzipien-Erklärung des Hainfelder Parteitags, in: Klaus BERCHTOLD (Hg.), Österreichische Parteiprogramme 1868–1966 (Wien 1967) 138.</p> <p>3 Vgl. Berchtold, Parteiprogramme 145 ff.</p> <p>4 Maria SPORRER, Aspekte zur Frauenwahlrechtsbewegung bis 1918 in der österreichischen Sozialdemokratie, in: Helmut Konrad (Hg.), Imperialismus und Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich. Protokoll des 4. Bilateralen Symposiums DDR-Österreich vom 3.–7. Juni 1985 in Graz (Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Materialien zur Arbeiterbewegung 41, Wien 1985) 103–113.</p> <p>5 Reinhard KANNONIER, Zentralismus oder Demokratie. Zur Organisationsfrage in der Arbeiterbewegung (Materialien zur Arbeiterbewegung 29, Wien 1983).</p> <p>6 Die Diskussion um das Parteiprogramm der SPÖ im Jahr 1978 brachte im Programm schließlich folgende Formulierung: „Für eine dezentralisierte Verwaltung im Rahmen einer sinnvollen Verteilung der Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden, wobei der Föderalismus nicht bei den Ländern enden darf.“ DAS NEUE PARTEIPROGRAMM DER SPÖ (Wien 1978) 51.</p> <p>7 Aktionsprogramm des Verbandes sozialdemokratischer Abgeordneter (1919), in: Berchtold, Parteiprogramm 233f.</p> <p>8 Max ADLER, Probleme der Demokratie, in: Der Kampf 12/1 (1919) 12.</p> <p>9 Otto BAUER, Auslieferung und Asylrecht, in: Der Kampf 12/36 (1919) 792.</p> <p>10 Hans HAUTMANN, Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs (Wien-Frankfurt-Zürich 1971) 54.</p> <p>11 Ebenda 133.</p> <p>12 Anton STAUDINGER, Rätebewegung und Approvisionierungswesen in Oberösterreich. Zur Einbindung der oberösterreichischen Arbeiter- und Soldatenräte in den behördlichen Ernährungs-</p> | <p>dienst in der Anfangsphase der österreichischen Republik, in: Isabella Ackerl-Walter Hummelberger-Hans Mommsen (Hgg.), Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag, Bd. 2 (Wien 1981) 73. Ebenda 77.</p> <p>13</p> <p>14 Felix KREISSLER, Von der Revolution zur Annexion. Österreich 1918 bis 1938 (Wien 1970) 69f.</p> <p>15 Otto BAUER, Die österreichische Revolution (Wien 1923) 128f.</p> <p>16 Hans HAUTMANN-Rudolf KROPF, Die österreichische Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945. Sozialökonomische Ursprünge ihrer Ideologie und Politik (Wien 1976) 125.</p> <p>17 Bauer, Die österreichische Revolution 142.</p> <p>18 Helmut KONRAD, Die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in Saint Germain, in: Erich Zöllner (Hg.), Diplomatie und Außenpolitik Österreichs. Elf Beiträge zu ihrer Geschichte (Schriften des Instituts für Österreichkunde 30, Wien 1977) 142f.</p> <p>19 Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in Saint Germain-en-Laye (Nr. 379 der Beilagen der Stenographischen Protokolle der Konstituierenden Nationalversammlung der Republik Österreich, Wien 1919) Bd. 1, 437.</p> <p>20 Manfred MATZKA, Sozialdemokratie und Verfassung, in: ders. (Hg.), Sozialdemokratie und Verfassung (Wien 1985). Ebenda 63.</p> <p>21 Peter KOSTELKA, Der Kampf um die Demokratie, in: Manfred Matzka (Hg.), Sozialdemokratie und Verfassung (Wien 1985) 218.</p> <p>22 Ebenda.</p> <p>23 Otto BAUER, Rede auf der 3. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung vom 12. März 1919, in: ders., Werkausgabe 5 (Wien 1978) 742.</p> <p>24</p> <p>25 Matzka, Sozialdemokratie und Verfassung, a.a.O. 72ff.</p> <p>26 Kostelka, Kampf um die Demokratie, a.a.O. 224.</p> <p>27 Matzka, Sozialdemokratie und Verfassung, a.a.O. 80.</p> <p>28 Ebenda 91.</p> <p>29 Ulrich KLUGE, Der österreichische Ständestaat 1934–1938. Entstehung und Scheitern (München 1984) 17. Ebenda 22.</p> <p>30</p> <p>31 Kostelka, Kampf um die Demokratie, a.a.O. 230.</p> |
|---|--|

DEMOKRATIEVERSTÄNDNIS BEI DEN ÖSTERREICHISCHEN CHRISTLICH-SOZIALEN ERNST HANISCH

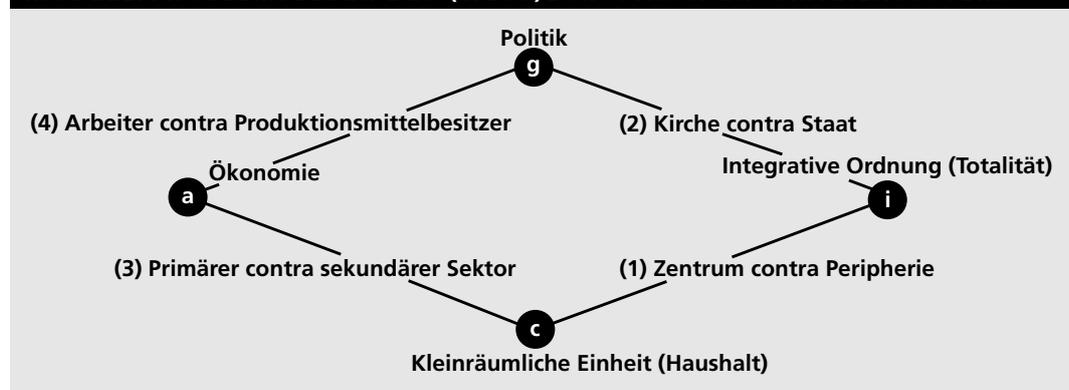
Der vor einigen Jahren verstorbene norwegische Sozialwissenschaftler Stein Rokkan¹ hat vier Problemfelder abgesteckt (siehe untenstehendes Modell), die er für die Ausprägung des (west)europäischen Parteiensystems verantwortlich machte:

1. Zentrum vs. Peripherie (Dominante vs. „unterworfen“ Kultur)
2. Staat vs. Kirche
3. Primärer vs. sekundärer Sektor
4. Arbeiter vs. Besitzende

Das Grunddilemma der österreichischen Politik in der Ersten Republik läßt sich anhand dieses Modells so definieren: Alle Konflikte dieser Gesellschaft wurden nicht auf der a-g-Achse ausgetragen; d. h. die Konflikte wurden keiner rationalen Steuerung im Sinne eines „bargaining“ unterworfen, oder noch anders gesagt, dem Interessenausgleich im Rahmen eines demokratischen Parlaments zugeführt, sondern im Gegenteil: Alle Konflikte verschoben sich auf die g-i-Achse, d. h. sie wurden ideologisch hochaufgeladen und tendierten dazu, die jeweiligen Totalitätsmuster der organisierten Großgruppen durchzusetzen – mit der deutlichen Stoßrichtung, sie jeweils auch außerhalb des Parlaments, gewaltsam, zu erzwingen (siehe die Wehrverbände).² Diese Tendenz der österreichischen Politik zum i-Pol bedeutete weiterhin die Ausbildung von hochemotionalisierten Feindstereotypen, die zwar den Realitätsbezug oft verloren, aber die politische Fragmentierung der österreichischen Gesellschaft weitertrieben und die Konsensfähigkeit der politischen Eliten blockierten.

In der österreichischen Zeitgeschichteforschung hat sich der Terminus „Lager“ – trotz aller Kritik – fest etabliert.³ Er weist darauf hin, daß sich der österreichische Parteientypus vom angelsächsischen Typus deutlich unterscheidet. Die österreichischen Parteien waren Weltanschauungsparteien, die immer mehr wollten, als die Interessen ihrer Mitglieder politisch durchzusetzen. Sie erhoben Anspruch auf das „Ganze“; es ging jeweils um Totalentwürfe der Gesellschaft, des Lebens. Alle Bereiche der Wirtschaft, der Sozietät, der Kultur, des Alltags sollten einbezogen werden – von der Wiege bis zur Bahre! So zerfiel die Gesellschaft immer mehr in fragmentierte Bereiche. Faktisch war man bestrebt, nur mit den eigenen Leuten zu verkehren; die Kinder besuchten möglichst die eigenen Schulen; man las nur die eigene Presse und feierte die eigenen Feste. Selbst die Wirtshäuser waren parteipolitisch zuordbar, und auch die Heiratsstrategien beschränkten sich möglichst auf das politisch heimatische Gefilde.⁴ Auf der Straße grüßte man – je nach Lager – mit Grüß Gott, Freundschaft oder Heil! Darüber hinaus verweist der Lagerbegriff auf den militanten Charakter des politischen Systems in Österreich. Das jeweilige Lager produzierte stereotype Feindbilder, die, aggressiv getönt, das „andere“ vom „Eigenen“ möglichst deutlich und möglichst negativ abhoben.

MODELL: PROBLEMFELDER DES (WEST)EUROPÄISCHEN PARTEIENSYSTEMS



In der Propaganda war man bemüht, den „Feind“ im Innersten zu treffen. Das Privatleben des politischen Gegners wurde rücksichtslos in die Öffentlichkeit gezerzt und bloßgestellt. Das eigene Lager wiederum wurde wie eine Festung ausgebaut und abgesichert: mit Vorfeldorganisationen und einer Fülle von ideologischen Schutzschildern. Dieser Festungscharakter erzeugte auch eigentümliche Phobien. Die Angst vor dem anderen, die Feindimago also, löste sich von jeder realen Basis: Sie wurde zur Obsession.

Die Position der österreichischen Sozialdemokratie läßt sich in dem Modell von Stein Rokkan einfach fixieren: Sie stand auf der Seite des Zentrums gegen die Peripherien (Zentralismus contra Föderalismus); sie votierte für den Staat contra die katholische Kirche (Schul-, Ehefragen); sie vertrat die Interessen des Industriesektors gegen die der Landwirtschaft (z. B. bei der Preisgestaltung); sie kämpfte – notabene – für die Forderungen der Arbeiter gegen die Interessen der Unternehmer.

Die Position der Christlichsozialen Partei ist weitaus schwieriger zu bestimmen. Zum Unterschied von der Sozialdemokratie war sie keine eindeutige Klassenpartei, sondern eine Integrationspartei (in der Selbstdarstellung: eine Volkspartei), die unterschiedliche Interessen und Sozialmilieus zu kanalisieren hatte.

Sie war mehrfach vom Zerfall bedroht. Letztlich hielt sie die Kraft der katholischen Kirche, die Verteidigung des Privateigentums und der forcierte Antiklerikalismus der Sozialdemokratie zusammen. Die von Stein Rokkan skizzierten strukturellen Spannungsfelder ermöglichen, die divergierenden Interessenebenen innerhalb der Christlichsozialen Partei näher zu bestimmen.

Seit dem Staatsbildungsprozeß im 17. und 18. Jahrhundert gehörte der „Föderalismus“ zum ideologischen Fixpunkt jeder konservativen politischen Formation – und die Christlichsozialen waren bereits vor dem Ersten Weltkrieg auf die konservative Seite abgeschwommen.⁵ In der Gründungsphase der Ersten Republik gaben die Christlichsozialen aus den Ländern den Ton an (Johann Nepomuk Hauser, Jodok Fink). Sie reagierten am sensibelsten auf die Stimmung innerhalb der Bevölkerung, die geprägt war von Kriegsmüdigkeit, Haß auf die Wiener Wirtschaftszentralen, Antisemitismus und Antimonarchismus. Sie setzten im letzten Augenblick die Entscheidung der Christlichsozialen für Demokratie und Republik durch – gegen die Intentionen der Wiener Christlichsozialen.⁶ Allerdings blieben beträchtliche Mentalreservierungen bestehen. Die Christlichsozialen gerieten in den Geruch einer „Umfallerpartei“; ihre Taktik, „größere Übel zu verhindern“, sprich: den Sozialismus zu verhindern, verwandelte sie in Demokraten und Republikaner auf Probe, wobei das Demokratieverständnis in einzelnen Ländern (so in Oberösterreich und in Salzburg)⁷ jeweils beträchtlich tiefer verankert war als bei der Wiener Partielite.

1918/19, als es um einen neuen Staatsbildungsprozeß ging, brachen die in der Monarchie vielfach unterdrückten Spannungen zwischen den Provinzen und der Metropole mit großer Heftigkeit aus. Bis zu einem gewissen Grade wurde dabei die Rechnung für das Versagen der herrschenden Eliten innerhalb der Habsburgermonarchie präsentiert: für die strukturelle Vernachlässigung der österreichischen Alpenländer nämlich, oder ‚andersherum gesagt‘, für ihre „Verprovinzialisierung“. Der Haß auf Wien war primär ideologisch motiviert – gegen das „rote“ Wien; dahinter lagen jedoch tiefere Konfliktebenen, die in die Christlichsoziale Partei selbst hineinreichten.⁸ Zwar agierte die Partei im Verfassungskonsens 1920 relativ geschlossen auf der föderalistischen Seite – um die Vorherrschaft zumindest in den Ländern zu bewahren –, aber rasch zeigte sich, daß dieses Konfliktpotential von den Christlichsozialen nicht stillgelegt werden konnte. Zwei Beispiele: 1921 der schwere Konflikt zwischen den Christlichsozialen in den Ländern mit dem christlichsozialen Bundeskanzler Mayr wegen der Anschlußabstimmungen,⁹ 1924 die Verhinderung einer weiteren Regierung Ignaz Seipels.¹⁰ /.../

Die Zentrum-Peripherie-Problematik weist noch eine weitere Dimension auf. Rokkan bezeichnet sie als Spaltung zwischen der dominanten und der „unterworfenen“ Kultur. Diese Dimension war in der Habsburgermonarchie besonders virulent. Die „deutsche“ Kultur

Zentrum – Peripherie

wurde weithin den andersnationalen Kulturen gegenüber als überlegen gesehen. Der Streit um den Stellenwert der Kulturen verhüllte allerdings nur unzulänglich die Absicherung der „deutschen“ Vorherrschaft in der Wirtschaft, in der Verwaltung, in der Politik /.../ Die Christlichsozialen standen auf der Seite der herrschenden Kultur; sie unterstützten bis zuletzt den „deutschen“ Kurs der Regierungen. Schließlich gab es auch einen christlichsozialen Schutzverein, genannt Ostmark, der den deutschnationalen Vereinen Konkurrenz machte. Aber von allen Parteien zeigten sich die Christlichsozialen in ihrer Identität am tiefsten gespalten – zwischen ihrem Deutschtum und ihrem Österreichtum. Immerhin war es – im November 1918 – der Christlichsoziale Jerzabek, der als einziger im Staatsrat gegen den Anschluß stimmte,¹¹ und auch aus den Ländern ertönten einige Stimmen, die die Anschlußklärung als zu voreilig ablehnten.¹² Gewiß war diese österreichische Orientierung monarchistisch getönt und getragen von dem Wunsch nach einer Donaukonföderation. Ironisch könnte man anmerken, daß zunächst die republikanische „deutsche“ Kultur als dominante über die gefesselte „österreichische“ Kultur den Sieg davontrug. Nach der Genfer Sanierung jedoch setzte innerhalb der Christlichsozialen Partei ein Seipelmythos ein, der im Sinne einer stärkeren österreichischen Identität instrumentiert war. Seipel, der Vater des Vaterlandes – so hieß es –, habe der Bevölkerung wieder gelehrt, an Österreich zu glauben, sich als Österreicher zu fühlen. Und letztlich waren es christlichsoziale Kreise, die jene zutiefst ambivalente Österreichideologie des sogenannten christlichen Ständestaates trugen.¹³

Auch auf einer anderen Ebene läßt sich die Spaltung zwischen einer dominanten und einer sich „unterdrückt“ fühlenden Kultur beobachten: auf der Ebene einer religiös-traditional bzw. „völkisch“ eingefärbten Provinzkultur und ihrer Spannung zur urbanen, innovativen, säkularisierten Kultur der Metropole. Diese Spannung war vielfach antisemitisch aufgeladen: die gesunde, volksverwurzelte, leicht verständliche Kultur der einheimischen Bevölkerung gegen die jüdische, dekadente, intellektuelle Wiener Kultur. In ein Bild gefaßt: Der Beichtstuhl in der Dorfkirche stand gleichsam quer zur Couch der Psychoanalyse. Mit der politischen Rechtstrift Ende der zwanziger Jahre setzte die von den Christlichsozialen geförderte Provinzkultur an, die Metropole zu erobern. Im „christlichen Ständestaat“ wurde sie zur dominanten Kultur.¹⁴

Das Konzept einer hegemonialen Kultur ist jedoch vielschichtig.¹⁵ Es muß eingebunden werden in die so ausgeprägte Fragmentierung der österreichischen Gesellschaft und Politik. Friedrich Heer sprach so zu Recht von den österreichischen Ghettokulturen, die sich gegenseitig abschotteten.¹⁶ Um zwei extreme Beispiele zu nennen: In den agrarisch strukturierten Dörfern herrschte die katholische, konservative, christlichsoziale Kultur so gut wie unbeschränkt. Die Symbole, die Feste, vor allem der Totenkult waren von ihr besetzt. Die Sozialdemokraten lebten im Dorf als Außenseiter. Häufig wurde ihnen der Zugang ins Dorf schon allein dadurch abgeschnitten, daß sich die Wirte weigerten, ihnen ein Versammlungslokal zu überlassen. Die Dorfhonoratioren hingegen – der Arzt, der Lehrer, der Rechtsanwalt, der Förster etc. – waren häufig deutschnational ausgerichtet und bauten um den Turnverein herum ihre eigenen kulturellen Muster auf – partiell in Konkurrenz zu den kirchlichen Vereinen.

Im „roten Wien“ hingegen hatte sich die sozialdemokratische Gegenkultur zur hegemonialen Kultur entwickelt und weit über die Arbeiterklasse hinaus eine große Anziehungskraft bewiesen.¹⁷

Die christlichsozial-kirchliche Kultur fühlte sich in Wien bedroht und unterworfen. Ein Katechet hatte in einer dezidiert „roten“ Schule alles andere als einen leichten Stand. Die Fronleichnamprozessionen hatten Mühe, sich – nun ohne Kaiser – gegen die Maiaufmärsche der Sozialdemokraten zu behaupten, usw.

Staat – Kirche

Diese Fragmentierungslinie erwies sich als besonders tiefgreifend, weil sie weltanschauliche Kernfragen betraf und weil sie gleichzeitig die Intimsphäre des Menschen berührte; Trennung der Kirche vom Staat als Programmforderung der Sozialdemokraten und deutschnationalen Parteien einerseits; „Freiheit der Kirche“ als Lösung der Christlichsozialen, aber



Erste Nationalversammlung. Am 21. Oktober 1918 traten die deutschsprachigen Abgeordneten des Parlaments von 1911 im niederösterreichischen Landhaus in der Wiener Herrengasse zusammen und konstituierten die Provisorische Nationalversammlung. Interessierte ZuschauerInnen konnten von der Galerie aus die ersten Sitzungen mitverfolgen. Quelle: VG/IAZ-Bildarchiv

verstanden als Privilegierung eben dieser Kirche andererseits. Tatsächlich hatte sich die kirchenpolitische Situation von der Monarchie in die Republik nicht geändert;¹⁸ aber der Stil der öffentlichen Auseinandersetzung hatte sich stark radikalisiert. Die brisante Grundrechtdebatte wurde aus dem Verfassungskompromiß ausgeklammert. Die Christlichsoziale Partei übernahm in der Republik die politische Schutzfunktion des Monarchen.¹⁹ Es war die Kirche, die letztlich die umgreifende Integration der Partei sicherstellte; es waren kirchliche Vereine, die vielfach die Parteiorganisationen bildeten; es war der Klerus, der einen wichtigen Teil der christlichsozialen Parteilite stellte (z. B. zwei Parteiobmänner, Hauser und Seipel); nicht zuletzt war es die Kirche, welche die katholischen Massen für die Partei mobilisierte – vor allem die Frauen; und es war die katholische Presse, die faktisch als Parteipresse fungierte (Reichspost).

Der Episkopat war nach wie vor monarchistisch gesinnt, aber er akkomodierte sich öffentlich an die Republik und an die Demokratie – gemäß dem Motto: „Alle Bastionen halten.“ Aber bereits der erste Artikel der neuen Verfassung – daß alles Recht vom Volke ausgehe – störte das katholische Selbstverständnis; die kirchenfeindliche Agitation der Sozialdemokratie u. a. ließ die Kirche relativ rasch auf Distanz zur Demokratie gehen. Der autoritäre Kurs der Regierung Dollfuß wurde von der Kirche voll mitgetragen, ja sie half 1933 entscheidend mit, die noch als zu parlamentarisch angesehene Christlichsoziale Partei zu zerstören (Oberösterreich). Bitter klagte Franz Spalowsky im christlichsozialen Klub: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit (getan)“;²⁰ und Otto Ender erklärte offen: „Der Bischof hat die Christlichsoziale Partei umgebracht.“²¹

Vor 1907 waren die Interessen der Großagrarien und die Interessen des (Wiener) Gewerbes in zwei verschiedenen Parteien organisiert – in der Konservativen und der Christlichsozialen Partei. Die Feindschaft gegen die Großindustrie und vor allem gegen die Sozialdemokratie führte die beiden zusammen. Nach 1918 übernahm die Christlichsoziale Partei auch die (partielle) „Interessenvertretung“ der Industrie und des Finanzkapitals. Hier sind jedoch so gut wie alle relevanten Fragen noch offen. Fest steht, daß der Industrie seit 1923 drei Mandate im Klub zustanden und daß eben diese Industrie die Christlichsozialen in der Regel mit sieben Anteilen, die Großdeutschen mit drei Anteilen finanzierte.²²

Es fehlen jedoch genauere Studien, die das Kalkül der christlichsozialen Parteilite beim Ausgleich bzw. beim Durchsetzen der Interessen von Industrie und Landwirtschaft analysieren. Studien, die sich mit der Zollpolitik, der Preispolitik, den Marktgesetzen usw. beschäftigen.²³ Sicherlich profitierten die Bauern 1918–1920 von der enormen Nahrungsverknappung und von der Inflation. Die Versteigerungen gingen von 1762 (1912) auf fünf (1920)

**Primärer –
sekundärer Sektor**

zurück.²⁴ Dementsprechend stark war der Einfluß des Reichsbauernbundes zunächst in der Christlichsozialen Partei. Generell herrscht jedoch der Eindruck vor, daß die Konfliktlinie zwischen dem Agrar- und dem Industrie- und Gewerbesektor in ihrer Bedeutung zurücktrat und vom wesentlich wichtigeren Konflikt – zwischen Besitz und Arbeit – aufgesogen wurde. Ein klassisches Beispiel bilden die antiparlamentarischen Heimwehren, die, von der Industrie teilweise finanziert, den agrarischen Anhang gegen die Sozialdemokratie und gegen die Demokratie mobilisierten.²⁵ Auf der anderen Seite fühlten sich die Bauern – trotz ihrer nominellen Stärke – im Parlament wie in der Partei stets benachteiligt. So sehr der Bauernbund von Zeit zu Zeit seine Muskeln spielen ließ, ökonomisch ging es mit dem primären Sektor bergab, durch die Modernisierungshemmnisse der österreichischen Agrarwirtschaft noch beschleunigt.

Einen besonders kritischen Bereich bildete das Gewerbe, eine soziale Schicht, die in Österreich überdurchschnittlich stark ausgebildet war.²⁶ Das Merkwürdige dabei ist nun, daß die Christlichsoziale Partei, die von den "Bünden" – Bauernbund, Frauenbewegung, Arbeiterbewegung – her getragen wurde, keinen eigenen Gewerbebund aufwies. Denn der Deutsch-österreichische Gewerbebund agierte zumindest offiziell überparteilich, wenn er auch in einer bestimmten Nähe zur Christlichsozialen Partei stand. Erst 1932 wurde der Gewerbebund staatsstreichartig in die Partei eingegliedert.²⁷

Das Gewerbe stand so etwas außerhalb, in permanenter Konkurrenz zu den Agrargenossenschaften, die von den christlichsozialen Bauernvertretern dominiert wurden. Während der Weltwirtschaftskrise wuchs der Gewerbeprotest gegen die Christlichsoziale Partei an. Immer größer wurde im Gewerbe der Zweifel, ob es seine Interessen überhaupt innerhalb einer Partei durchzusetzen vermochte. Nachdem während der Krise auch die Integrationskraft des katholischen Bauernbundes stark nachließ, drückten zwei zentrale soziale Schichten gegen das existierende Parteiensystem. Das Ergebnis war ein Gedankenkonstrukt, das sich folgendermaßen umschreiben läßt: Die Parteien erweisen sich als unfähig, die Interessen der Selbständigen zu kanalisieren. Es sei daher besser, die Wirtschaftsinteressen gesondert, d. h. ohne Parteien zu organisieren. Gerade diese Stimmung erklärt die kurzfristige Popularität des Ständegedankens innerhalb dieser Schichten.

Arbeit – Besitz Auf der sozioökonomischen Ebene war dies wohl der zentralste Konflikt. In der ersten Phase von 1918–1920 gelang grosso modo ein Kompromiß der „Sozialpartner“ (Kammersystem, Betriebsräte, Sozialgesetzgebung).²⁸ Mit der Stabilisierung der „bürgerlichen“ Herrschaft seit 1922 wurde dieser Kompromiß von der rechten Reichshälfte immer mehr in Frage gestellt. Jedoch blieben Ansätze zu einer korporativen Problemlösungsstrategie auch weiterhin vorhanden: in den Industriekonferenzen, Industriekomitees und vor allem in den Industriellen Bezirkskommissionen.²⁹ Die Lösung der Weltwirtschaftskrise nach 1929 wurde eindeutig auf Kosten der Arbeiter angepeilt: Senkung der Lohnkosten einerseits, Abbau der Sozialpolitik andererseits. Doch gerade dieser Konflikt reichte tief in die Christlichsoziale Partei selbst hinein. Denn sie organisierte einen beträchtlichen Teil der nichtindustriellen Arbeiterschaft in ihren Reihen. Und zwar mit steigender Tendenz (Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 1921: ca. 79.000, 1932: ca. 130.000). Die christlichsoziale Arbeiterbewegung war zwar ein verbal lautstarker Teil der Partei, aber in der Interessendurchsetzung wenig effektiv. Sie raufte an der Basis, in den Betrieben, tagtäglich mit der Sozialdemokratie und mußte zahlreiche Demütigungen hinnehmen. Sie versuchte dann auch in den dreißiger Jahren die parlamentarische Demokratie gegen die Heimwehr, gegen die Industrie, gegen Teile der eigenen Partei zu verteidigen. Mit geringem Erfolg. Letztlich zählten die Funktionäre der christlichen Arbeiterbewegung zu den Gewinnern des autoritären Kurses: Sie durften die Spitzenpositionen der zahnlos gemachten Arbeiterorganisationen besetzen.³⁰ /.../

Aus: Hanisch, Ernst: Demokratieverständnis, parlamentarische Haltung und nationale Frage bei den österreichischen Christlichsozialen. In: Drabek, Anna, Plaschka, Richard, Rumpler, Helmut (Hg.), Das Parteienwesen Österreichs und Ungarns in der Zwischenkriegszeit, Verlag der ÖAdW, Wien 1990, S. 73–82

- 1 Stein ROKKAN, Citizens Elections Parties (Oslo 1970) 102.
- 2 Gerhard BOTZ, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918-1938 (2 München 1983).
- 3 Adam WANDRUSZKA, Österreichs politische Struktur, in: Heinrich Benedikt (Hg.), Geschichte der Republik Österreich (2 Wien 1977) 291.
- 4 Ernst HANISCH, St. Peter in der Zwischenkriegszeit 1919–1938: Politische Kultur in einer fragmentierten Gesellschaft, in: Festschrift Erzabtei St. Peter in Salzburg 582–1982 (Salzburg 1982) 361–382.
- 5 John W. BOYER, Political Radicalism in Late Imperial Vienna. Origins of the Christian Social Movement 1848–1897 (Chicago 1981).
- 6 Ernst HANISCH, Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918–1938 (Wien-Salzburg 1977) 4–10; Anton STAUDINGER, Monarchie oder Republik? Christlichsoziale Partei und Errichtung der österreichischen Republik, in: Ders., Aspekte christlichsozialer Politik 1917 bis 1920 (unpubl. Habilschrift, Wien 1980).
- 7 Harry SLAPNICKA, Christlichsoziale in Oberösterreich. Vom Katholikenverein 1848 bis zum Ende der Christlichsozialen 1934 (Linz 1948); Ernst HANISCH, Die Christlichsoziale Partei für das Land Salzburg 1918–1934, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Salzburger Landeskunde 124 (1984) 477–496.
- 8 Ernst HANISCH, Provinz und Metropole. Gesellschaftsge-schichtliche Perspektiven der Beziehungen des Bundeslandes Salzburg zu Wien (1918–1934), in: Beiträge zur Föderalismusdiskussion (Salzburg 1981) 67–105.
- 9 Robert HINTEREGGER, Die Anschlußagitation österreichischer Bundesländer während der Ersten Republik als europäisches Problem, in: Österreich in Geschichte und Literatur 22 (1978) 261–278; Gottfried KÖFNER (Hg.), Kärntner Volksabstimmung 1920 (Klagenfurt 1981) 297–313.
- 10 Isabella ACKERL, Rudolf Ramek, in: Friedrich Weissensteiner/ Erika Weinzierl (Hg.), Die österreichischen Bundeskanzler. Leben und Werk (Wien 1983) 121.
- 11 Staudinger, Monarchie oder Republik 124.
- 12 Hanisch, Die Christlichsoziale Partei, a.a.O. 486.
- 13 Anton STAUDINGER, Zur „Österreich“-Ideologie des Ständestaates, in: Rudolf Neck-Adam Wandruszka (Hg.), Das Juli-abkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen. Protokoll des Symposiums in Wien am 10. und 11. Juni 1976 (Veröffentlichungen der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte des Jahres 1918 bis 1938, Bd.4, Wien 1977) 198–240; DERS., Zu den Bemühungen katholischer Jungakademiker um eine ständisch-antiparlamentarische und deutsch-völkische Orientierung der Christlichsozialen Partei, in: Erich Fröschl-Helge Zoitl (Hg.), Februar 1934. Ursachen-Fakten-Folgen. Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts, abgehalten vom 13. Bis 15. Februar 1984 in Wien (Thema. Eine Publikationsreihe des Dr.-Karl-Renner-Instituts 2, Wien 1984) 221–232.
- 14 Franz KADR NOSKA (Hg.), Aufbruch und Untergang. Österreichische Kultur zwischen 1918 und 1938 (Wien 1981); Alfred PFOSER, Literatur und Austromarxismus (Wien 1980); Friedbert ASPETS-BERGER, Literarisches Leben im Austrofaschismus. Der Staatspreis (Meisenheim 1980); Emmerich TĀLOS-Wolfgang NEUGEBAUER (Hg.), „Austrofaschismus“. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938 (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 18, 4 Wien 1988).
- 15 Antonio GRAMSCI, Marxismus und Literatur. Ideologie, Alltag, Literatur (Hamburg 1983); T.J. Jackson LEARS, The Concept of Cultural Hegemony: Problems and Possibilities, in: The American Historical Review 90 (1985) 567–591.
- 16 Friedrich HEER, Kultur und Politik in der Ersten Republik, in: Norbert Leser (Hg.), Das geistige Leben Wiens in der Zwischenkriegszeit (Wien 1981) 300–309.
- 17 Dieter LANGEWIESCHE, Zur Freizeit des Arbeiters. Bildungsbestrebungen und Freizeitgestaltung österreichischer Arbeiter im Kaiserreich und in der Ersten Republik (Stuttgart 1979).
- 18 Alois HUDAL (Hg.), Der Katholizismus in Österreich. Sein Wirken, Kämpfen und Hoffen (Innsbruck 1931) 27f.
- 19 Vgl. Hanisch, Die Ideologie; Erika WEINZIERL, Kirche und Politik, in: Erika Weinzierl-Kurt Skalnik (Hgg.), Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten Republik 1 (Wien-Graz-Köln 1983) 437–496.
- 20 Walter GOLDINGER (Hg.), Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932–1934 (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 2, Wien 1981) 331.
- 21 Ebenda 334.
- 22 Anton STAUDINGER, Christlichsoziale Partei, in: Erika Weinzierl-Kurt Skalnik (Hgg.), Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik 1 (Wien-Graz-Köln 1983) 267; Karl HAAS, Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978 (1979) 97–126.
- 23 Vgl. jedoch Siegfried MATTL, Agrarstruktur, Bauernbewegung und Agrarpolitik in Österreich 1919–1929 (Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte 1, Wien-Salzburg 1981); Ulrich KLUGE, Organisierte Agrargesellschaft im Schnittpunkt der Verfassungs- und Wirtschaftskrise 1933, in: Geschichte und Gegenwart 3 (1984) 259-287. Vgl. jetzt DERS., Bauern, Agrarkrise und Volks-ernährung in der europäischen Zwischenkriegszeit. Studien zur Agrargesellschaft und -wirtschaft der Republik Österreich 1918 bis 1938 (Stuttgart 1988).
- 24 Wolfgang C. MÜLLER, Zur Entwicklung der politischen Ökonomie Österreichs. Industriepolitik von Staat und Banken vom aufgeklärten Absolutismus bis zum Ende der Republik (ungedr. Phil. Diss., Wien 1983) 237.
- 25 Ludger RAPE, Die österreichischen Heimwehren und die bayrische Rechte 1920–1923 (Wien 1977).
- 26 Ernst BRUCKMÜLLER, Sozialstruktur und Sozialpolitik, in: Erika Weinzierl-Kurt Skalnik (Hgg.), Österreich 1918-1938. Geschichte der Ersten Republik 1 (Wien-Graz-Köln 1983) 396-401.
- 27 Siegfried MATTL, Krise und Radikalisierung des „alten Mittelstandes“: Gewerbetproteste 1932/33, in: Erich Fröschl-Helge Zoitl (Hg.), Februar 1934. Ursachen-Fakten-Folgen. Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts, abgehalten vom 13. bis 15. Februar 1984 in Wien (Thema. Eine Publikationsreihe des Dr.-Karl-Renner-Instituts 2, Wien 1984) 51–63.
- 28 Exemplarisch: Judit GARAMVÖLGY, Betriebsräte und sozialer Wandel in Österreich 1919–1920. Studien zur Konstituierungsphase der österreichischen Betriebsräte (Studien und Quellen zur österreichischen Zeitgeschichte 5, Wien 1983).
- 29 Margarete GRANDNER-Franz TRAXLER, Sozialpartnerschaft als Option der Zwischenkriegszeit, in: Erich Fröschl-Helge Zoitl (Hg.), Februar 1934. Ursachen-Fakten-Folgen. Beiträge zum wissenschaftlichen Symposium des Dr.-Karl-Renner-Instituts, abgehalten vom 13. bis 15. Februar 1984 in Wien (Thema. Eine Publikationsreihe des Dr.-Karl-Renner-Instituts 2, Wien 1984) 75–117; Gerald STOURZH-Margarete GRANDNER (HG.), Historische Wurzeln der Sozialpartnerschaft (Wiener Beiträge zur Geschichte der Neuzeit 12/13, Wien 1986).
- 30 Anton PELINKA, Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933–1938 (Wien 1972).

ZEITUNGSBERICHTE ZU 10 JAHRE REPUBLIK

Es lebe die Republik!

Viereinhalb Jahre lang hatte die eiserne Disziplin der k. u. k. Armee die Millionen immer wieder in Tod und Verderben gejagt. Viereinhalb Jahre lang hatten Millionen zitternd alle Schrecken des Trommelfeuers, mit Grimm und Wut in den Herzen alle Qualen des Hungers, der Kälte, des Schmutzes im Schützengraben ertragen. Viereinhalb Jahre lang hatte der jüngste Fähnrich den ältesten Landsturmmann ohrfeigen dürfen. Nun war es vorbei. Die Fronten zerbrochen. Alle Bande der Disziplin gelöst. Alle militärische Ordnung zerrissen. In chaotischer Unordnung strömten die Soldaten in die Heimat: hungrig, zerlumpt, verwildert, von leidenschaftlicher Rachgier durchwühlt ...

Viereinhalb Jahre lang hatten die Arbeitermassen die Willkürherrschaft der militärischen Betriebsleiter, viereinhalb Jahre unterernährte Männer und Frauen die Qualen endloser Überarbeit ertragen. Nun war es vorbei. Die Kriegsbetriebe sperrten ihre Tore. Arbeitslos strömten Massen, Not und Qual und Verzweiflung in den Seelen, auf die Straße.

Kein Mehl, kein Fett, kein Fleisch, keine Kohle im Lande. Der Hunger mordet die Alten und die Kinder. Die Verzweiflung marschiert durch die Straßen ...

Slawen und Magyaren abgefallen. Das alte Reich zerschlagen. Alle staatliche Gewalt aufgelöst. Das Chaos, der blutige Krieg aller gegen alle um das letzte Stückchen Brot droht ... Aristokraten, reiche Bürger, Generale betteln bei den Generalen der Siegermächte, sie mögen Deutschösterreich mit ihren Truppen besetzen ...

Damals, als alle Autoritäten in Blut und Schmutz und Schande zusammengebrochen waren, blieb nur *eine* Autorität unerschüttert stehen, ein wahrer Felsen von Erz: die moralische Autorität der Sozialdemokratie! Damals, als alle staatliche Macht zerbrochen war, gab es nur *eine* Macht im Lande: die Macht der sozialdemokratischen Idee über die Seelen der hungrenden, gepeinigten Massen!

Damals hat die Sozialdemokratie

die Republik gefordert und erzwungen. Als Viktor Adler am 21. Oktober 1918, in der Stunde der Gründung des deutschösterreichischen Staates, die Republik forderte, antworteten Christlichsoziale und Großdeutsche noch: Wir halten an der konstitutionellen Monarchie fest! Drei Wochen später, am 12. November, kapitulierten sie vor der drohenden Forderung der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokraten übernahmen es, die Republik in ihrer Entstehungszeit zu führen. In der Zeit der Hungerrationen, in der Zeit, da selbst der Straßenbahnverkehr eingestellt und die Straßenbeleuchtung gedrosselt werden mußte, weil keine Kohle da war, die Elektrizitätswerke zu speisen, in einer Zeit, in der Hunger, Verzweiflung, Rachsucht, Revolutionsromantik, in der die Beispiele östlich und westlich unserer Grenzen zu Abenteuern lockten, die in furchtbarer Katastrophe geendet hätten, hat die Sozialdemokratie die Massen mit rein geistigen Mitteln, ohne Appell an die Gewalt, geführt, hat sie in den Arbeiter- und den Soldatenräten, in Betriebs- und Kasernenversammlungen Einsicht und Verantwortungsgefühl der Massen zum Siege geführt über alle Versuche der Verzweiflung.

So, gestützt auf das Vertrauen, auf die Einsicht, auf die Opferwilligkeit der Massen, hat die Sozialdemokratie die Republik aufgebaut. So hat sie die neue republikanische Arbeitsverfassung geschaffen – Achtstundentag, Arbeiterurlaube, Betriebsräte, Arbeitslosenversicherung. So hat sie als festeste Stütze der Republik unser rotes Wien aufgerichtet.

Die Republik konnte nur werden und konnte die unermesslichen Gefahren ihrer Anfänge nur überdauern dank dem unerschütterlichen Vertrauen der Massen zur Sozialdemokratie, dank der schier übermenschlichen Selbstzucht der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in der Zeit des furchtbarsten Elends, sie konnte nur werden und sich befestigen aus dem Willen und aus der Kraft der von der Sozialdemo-

kratie geführten Arbeiterklasse. /.../

Die Zeiten sind andre geworden. Die Bourgeoisie, die Besiegte von 1918, sie hat sich, gestützt auf den dumpfen Konservatismus des Landvolkes, längst der Regierungsgewalt in der Republik bemächtigt. Sie, die es uns überlassen hat, die Republik zu führen, als die bitterste Not im Lande war, spreizt sich jetzt hochmütig im Besitz der Macht in der Republik. Sie, die die Republik mit Grimm und mit Angst im Herzen entstehen gesehen hat, hat sich jetzt mit der Republik „abgefunden“, hat sich in ihr eingerichtet, feiert jetzt in Frack und Zylinder ihre Republik ...

Wir aber wissen es anders. Unser Aufmarsch vor unserem Denkmal soll sie daran erinnern: Wir, wir allein sind die Schöpfer, die Gründer dieser Republik! Unser Vertrauen zu unserer Idee sagt es uns: Die Idee, die so unbesieglich war, in dem Chaos vor zehn Jahren die Republik aufzurichten – sie wird sieghaft binnen weniger Jahre den dumpfen Konservatismus durchbrechen, der noch die Herrschaft der Bourgeoisie stützt, wird in wenigen Jahren durch den Willen der Mehrheit des Volkes unsere Republik uns wiedergeben!

Dann erst wird die Idee, deren Kraft die Republik geschaffen hat, die Republik beseelen, gestalten, entwickeln!

Dann erst wird der Geist der Männer, deren Denkmal wir der Republik weihen, die Republik erfüllen!

Dann erst kränzen wir als Sieger das Denkmal der Republik!

In der Erinnerung an die Taten der Arbeiterklasse in der Vergangenheit, aus denen die Republik geworden ist, und in der Zuversicht auf die sieghafte Kraft der sozialistischen Idee der Zukunft, die sich die Republik erobern wird, feiern wir den zehnten Jahrestag der Entstehung der Republik.

*Die Republik war unser.
Unser wird sie werden.
Es lebe die Republik*

*Arbeiter-Zeitung,
Jg. 41, Nr. 314 (11.11.1928): S.2*

ZEITUNGSBERICHTE ZU 10 JAHRE REPUBLIK

Gedenken.

Trotz Fahnen, Musik und festlichem Gepränge soll uns der 12. Dezember weit mehr ein Tag ernster Besinnung und Rechenschaftslegung als ein Tag des Jubels sein. Es ist nicht die Erinnerung an einen Sieg oder an den Triumph einer Idee zu feiern. Wir halten vielmehr kurze Rast auf dem Wege, den wir seit zehn Jahren wandern, um die zurückgelegte Strecke zu überschauen und uns zu freuen, daß wir aus den Tiefen der staatlichen Zerrüttung und des wirtschaftlichen Elends langsam aufgestiegen sind und weiter aufsteigen. Der Weg war mühselig, die Hindernisse konnten nur unter schweren Opfern bezwungen werden, aber die ursprüngliche Kraft und der Lebenswille des österreichischen Volkes haben sich auch in den zehn Jahren der österreichischen Republik bewährt. Diese Bewährung, die uns zu einem gesunden Optimismus für die Zukunft berechtigt, gibt allein dem morgigen Gedenktage einen festlichen Schimmer.

Es hieße den Tag der Republik mit Unaufrichtigkeit und mit einer geschichtlichen Unwahrheit begehen, wenn man den 12. Dezember 1918 in den Glanz eines heroischen Erlebnisses tauchte. Die Zerstückelung der Monarchie ist ein geschichtlicher Akt, der fast ausschließlich auf den Schlachtfeldern erledigt wurde. Gewiß waren die nationalen Kräfte, die an dem Gefüge des Habsburgerreiches rüttelten, sehr stark; aber sie wären alle zusammen nicht stark genug gewesen, den weitläufigen Bau in Trümmer zu legen, wenn nicht das Waffenglück und die wirtschaftliche Überlegenheit der alliierten Mächte gegen die Mittelmächte entschieden hätten. Diese Wahrheit bildet das erste Kapitel der Geschichte aller Nachfolgestaaten und besonders des neuen Österreich.

Man kann von einer österreichischen Revolution kaum sprechen. Unser Land ist übriggeblieben, als die anderen Nationen zu den Siegern abschwanken, um ihre nationalen Ziele zu verwirklichen oder gegen allzu harte Friedensbedingungen Schutz zu suchen. Der Übergang zur Republik erfolgte dann – trotz gewisser revolutionärer Gesten – fast zwangsläufig und ohne Widerstand. So bedeutet der 12. Dezember 1918 für Österreich nicht den siegreichen Abschluß einer großen, revolutionären Bewegung, sondern die letzte Schlußfolgerung aus dem Sieg der alliierten Mächte und dem Zerfall der Monarchie.

Jubiläen und staatliche Feiertage sind immer Anlaß zu politischen Bekenntnissen. Die ambivalente Haltung der unterschiedlichen politischen Lager zur Republik wird sowohl in der Einführung eines Nationalfeiertags am 12. November als auch in Zeitungskomentaren zum zehnjährigen Bestehen der Republik 1928 deutlich.

Vergessen wir nicht, welch bittere bis in die Gegenwart fühlbare Opfer mit diesem welthistorischen Ereignis verbunden waren. Vergessen wir nicht, daß mit der Erringung der Selbständigkeit Deutschösterreichs der schmerzliche Verlust blühender deutschösterreichischer Länder verbunden war, vergessen wir nicht, daß ein großes, organisch gewachsenes Wirtschaftsgebiet zerrissen wurde, daß die deutschösterreichische Arbeit ihre sichersten Märkte, die deutschösterreichische Intelligenz viele Tausende von Arbeitsstätten verlor; vergessen wir nicht, daß Wien aufhörte, die Hauptstadt Mitteleuropas zu sein und durch lange Zeit eine Stadt der Armut wurde. Vergessen wir nicht auf diese Tatsachen – nicht um unsere Herzen mit Bitterkeit zu erfüllen, sondern um den 12. Dezember mit dem geziemenden Ernst zu begehen.

Noch eine andere ernste Erinnerung drängt sich auf: Der zehnte Geburtstag unseres Staates fällt ungefähr mit dem zehnten Todestage der alten Armee zusammen. Am 11. November vormittags war der Waffenstillstand allgemein gewor-

den, der Krieg beendet, das Schicksal der Armeen der Mittelmächte besiegelt. In einigen Ländern wird die Erinnerung an diesen Tag durch eine kurze Arbeitsruhe gefeiert, die dem Andenken an die Gefallenen geweiht ist. Auch unsere Ehrenpflicht ist es, jener Mitbürger im Soldatenkleid zu gedenken, die den Geburtstag des neuen Österreich nicht mitfeiern können, weil sie für das alte Österreich gefallen sind.

Die große Mehrheit des österreichischen Volkes hat bis in den Sommer 1918 an die Möglichkeit einer Neukonstruktion der Donaumonarchie geglaubt. Auch manche sozialdemokratischen Führer, nicht die schlechtesten Köpfe unter ihnen, hingen mit dem Herzen an dem alten Reich; andere hielten sich im Hintergrund, und nur eine kleine Gruppe schlug einen revolutionären Kurs ein, und zwar erst dann, als der Sieg der Mittelmächte zweifelhaft geworden war.

In den Wochen des Zusammenbruchs änderte sich das Bild. Nun wollten sie plötzlich alle geborene Revolutionäre und Väter der Republik sein. /.../

Daß dieses Werk in der verhältnismäßig kurzen Zeit, die seit dem trüben 12. November 1918 verflossen ist, trotz tausend Schwierigkeiten und Rückschlägen vollbracht werden konnte, daß das österreichische Volk in bitterster Zeit den Glauben an sich selbst gefunden hat und jetzt mit hoffnungsvoller Zuversicht in das zweite Jahrzehnt seiner Eigenstaatlichkeit eintreten darf, darin liegt der festliche Sinn dieses 12. November, ein Sinn, an dem sich jeder Österreicher freuen darf, wie immer er vor zehn Jahren über den Umsturz gedacht haben mag. Das christliche Volk Österreichs aber darf zu der Genugtuung über die vollbrachten Leistungen die Freude gesellen, daß aus seinen Reihen die Männer stammen, die uns in diesen zehn Jahren des neuen Staates nach aufwärts geführt haben.

Reichspost,
Jg. 35, Nr. 315 (11. 11. 1928): S. 1–2

ZUR GESCHICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN NATIONALFEIERTAGES

GUSTAV SPANN

Staatliche Jubiläen und Feiertage sind darauf angelegt, das Bekenntnis zum Staat zu festigen, und sie beanspruchen, Ausdruck eines gemeinsamen Selbstverständnisses zu sein. Allgemein beziehen sich Staats- bzw. Nationalfeiertage auf ein Datum, das sich auf die Staatsgründung oder die Erlangung staatlicher Unabhängigkeit bezieht, jedenfalls auf ein das kollektive Selbstwertgefühl positiv bestimmendes historisches Ereignis.

Für Österreich ist die Bezugnahme auf Ereignisse der jüngsten Vergangenheit besonders schwierig, war doch die demokratische Republik in Österreich „keine Frucht des zähen Kampfes der Bevölkerung, sie war 1918 wie 1945 ein Resultat weltpolitischer Konstellationen, an denen die österreichische Bevölkerung nur einen bedingten Anteil hatte“. Dementsprechend schlug und schlägt sich diese österreichische Geschichte mit ihren Brüchen und Widersprüchen auf die Akzeptanz der Staats- bzw. Nationalfeiertage nieder.

1919–1934

Staatsfeiertag: 12. November

Der Staatsfeiertag der Ersten Republik Österreich in der Zeit von 1919 bis 1934 war der 12. November. Am 25. April 1919 beschloß die Konstituierende Nationalversammlung für Deutschösterreich:

„1. Zum immerwährenden Gedenken an die Ausrufung des Freistaates Deutschösterreich wird der 12. November eines jeden Jahres als allgemeiner Ruhe- und Festtag erklärt.

2. Gleichzeitig wird auch der 1. Mai eines jeden Jahres zum allgemeinen Ruhe- und Festtag erklärt.“

Zur Begründung für die Wahl des 12. November heißt es in den Beilagen zu den Protokollen der „Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich“: „Nach dem Vorbilde anderer Freistaaten (Frankreich, Nordamerikanische Union) soll auch unsere Republik ihren Staatsfeiertag im 12. November als ihrer legitimen Geburtsstunde besitzen. Gerade ein demokratisches Staatswesen braucht einen derartigen Festtag in Gestalt eines Arbeitsruhetages, zumal da gerade in der Demokratie die Zusammengehörigkeit von Bürger und Staat ganz besonders zum Ausdruck gelangt.“

Die Beschlußfassung erfolgte ohne vorhergehende Debatte. Die Berichterstatterin in der konstituierenden Nationalversammlung zu diesem Gesetz, die sozialdemokratische Abgeordnete Adelheid Popp, betonte, nach dem nunmehrigen Wegfall der monarchischen Feiertage könne es „gewiß nichts Würdigeres geben, als den Tag, an dem die Republik Deutschösterreich proklamiert wurde, den 12. November, zum Staatsfeiertag zu erheben.“ Ihre Bemerkung, daß „vielleicht doch der eine oder andere unter der Bürgerschaft, der Bewohnerschaft Deutschösterreichs nicht mit freudi-

gem Herzen bei der Proklamierung mittun wird“, und daß auch die früheren Feiertage „niemals die ganze ideale Zustimmung der ganzen Bevölkerung gefunden haben“, weist darauf hin, daß nicht mit der Akzeptanz aller Bevölkerungsschichten zu rechnen war.

Tatsächlich ist für die Erste Republik Österreich kein gemeinsames, von allen getragenes Staatsbewußtsein festzustellen, und entsprechend gering war auch die identitätsstiftende Wirkung dieses Feiertages. Der erste Staatsfeiertag der Republik Österreich konnte sich auch nicht auf ein Ereignis beziehen, das seine Bürger mit ungeteilter Freude und Zustimmung erfüllte. Breiten Bevölkerungsschichten fiel die Identifikation mit dem neuen Staatswesen schwer. Viele verbanden seine Gründung mit dem Zusammenbruch der alten Ordnung und der totalen militärischen Niederlage und erlebten die Staatsgründung als massiv von außen bestimmt, mußte doch die provisorische Nationalversammlung Beschlüsse der alliierten Siegermächte – wie etwa das Anschlußverbot – vollziehen.

Nicht zufällig hatte die Erste Republik Österreich einen „Staatsfeiertag“ und keinen „Nationalfeiertag“, fühlten sich doch große Teile der Bevölkerung als Angehörige der deutschen Nation und befürworteten einen Anschluß an das Deutsche Reich. Die Schwierigkeit, sich mit der neuen kleinstaatlichen Existenz abzufinden, ist auch darin zu erkennen, daß man Österreich jede wirtschaftliche Überlebensfähigkeit von vorneherein absprach und ausschließlich im Anschluß an das Deutsche Reich, also in der Aufgabe nationaler und staatlicher Selbständigkeit die Lösung aller Probleme sah, die außerdem noch einen Ersatz für das verlorene Großmachtdenken bot.

Überdies bedeuteten für breite bürgerliche Schichten Republik und Demokratie etwas, das sie nicht als „eigene Sache“, sondern primär als Anliegen der Arbeiterbewegung empfanden, welche tatsächlich in der Gründungsphase der Ersten Republik eine bestimmende Rolle innegehabt hatte. Der unüberbrückbare Konflikt zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum, das zentrale Spannungsfeld der Ersten Republik, prägte dementsprechend auch die Einstellung zu diesem Staatsfeiertag, den viele ebenso wie den 1. Mai als von der Sozialdemokratie gewünschten „roten“ Feiertag ansahen, mit dem sie sich nicht identifizieren wollten und dem auch weitgehend die Anerkennung und Teilnahme verweigert wurde. Als dieser Konflikt im Februar 1934 mit der totalen Niederlage der Arbeiterbewegung, der Zerstörung der parlamentarischen Demokratie und der Errichtung der Diktatur des „Ständestaates“ endete, wurde der 12. November als Staatsfeiertag konsequenterweise abgeschafft. /.../

Aus: Spann, Gustav: Zur Geschichte des österreichischen Nationalfeiertages. In: 26. Oktober. Zur Geschichte des österreichischen Nationalfeiertages. Hg. v. BMUK, Abteilung für politische Bildung, o.J.

- 1918** 8. Jänner:
14-Punkte-Friedensprogramm von US-Präsident Woodrow Wilson
14.–20. Jänner:
Streiks in Wien und anderen österreichischen Industriestädten. Die Arbeiter fordern die Beendigung des Krieges.
Anlaß: Kürzung der Lebensmittelrationen.
18. Jänner:
Wahl der ersten Arbeiterräte in den Streikversammlungen. Erste Sitzung des neugebildeten Wiener Arbeiterrates.
21. Oktober:
Konstituierende Sitzung der „Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich“ durch die deutschsprachigen Mitglieder des cisleithanischen Abgeordnetenhauses im Niederösterreichischen Landhaus.
30. Oktober:
Staatskanzler Karl Renner bildet die provisorische Regierung, Verabschiedung einer provisorischen Verfassung für „Deutschösterreich“.
- 1919** 18. Jänner:
Eröffnung der Friedenskonferenz in Paris.
31. Jänner:
Demonstrationen von Arbeitslosen in Wien, Zusammenstöße mit der Polizei.
16. Februar:
Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung, aus der eine Koalition zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten hervorgeht.
12. März:
Die Nationalversammlung erklärt „Deutschösterreich“ zum Bestandteil der „Deutschen Republik“.
17. April/15. Juni:
Kommunistische Unruhen und Putschversuche in Wien.
2. Juni:
Beginn der Friedensverhandlungen über Österreich in St. Germain.
7. Juni:
Die Nationalversammlung lehnt den Entwurf des Friedensvertrages ab.
10. September:
Unterzeichnung des Friedensvertrages von St. Germain:
Änderung des Staatsnamens in
- „Republik Österreich“, Verbot des Anschlusses an das Deutsche Reich (Art. 88), Abtretung Südtirols an Italien. Das Parlament nimmt die Bestimmungen unter Protest an.
- 1920** 10. Juni:
Zerfall der christlichsozialsozialdemokratischen Koalition nach Aufkündigung durch die Christlichsozialen.
1. Oktober:
Annahme der bundesstaatlichen Verfassung der Republik Österreich durch das Parlament.
16. Oktober:
Bei den Nationalratswahlen werden die Christlichsozialen stärkste Partei.
22. Oktober:
Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung.
9. Dezember:
Der parteilose Michael Hainisch wird zum Bundespräsidenten der Ersten Republik gewählt.
15. Dezember:
Österreich wird Mitglied des Völkerbundes.
- 1921** 21. Juni:
Regierung Schober I, bestehend aus Christlichsozialen, Großdeutschen und Beamten. Johannes Schober ist seit 1918 Polizeipräsident von Wien.
1. Dezember:
Große Demonstration gegen überhöhte Lebensmittelpreise in Wien endet mit Plünderungen und Demolierungen.
- 1922** 31. Mai:
Der christlichsoziale Prälat Ignaz Seipel bildet seine erste Regierung.
4. Oktober:
Unterzeichnung der Genfer Protokolle: Österreich erhält eine Völkerbundanleihe in der Höhe von 650 Millionen Goldkronen.
- 1923** 17. Februar:
Zusammenstoß zwischen Mitgliedern des rechtsextremen Wehrverbandes „Ostara“ und sozialdemokratischen Arbeitern, bei dem ein Arbeiter getötet, zwei schwer verletzt werden. Ähnliche Vorfälle auch mit Nationalsozialisten, bei denen Arbeiter ums Leben kommen.
19. Februar:
Gründung des Republikani-
- schen Schutzbundes.
2. April:
„Schlacht auf dem Exelberg“ in Wien. 300 Nationalsozialisten gehen unter „feldmäßige Hurra“ auf 90 sozialdemokratische Arbeiter-Ordner los. Verletzte durch Schießerei.
12. April:
Das Innenministerium genehmigt den Republikanischen Schutzbund, eine Wehrformation der Sozialdemokratischen Partei.
16. April:
Demission der Regierung Seipel I.
17. April:
Regierung Seipel II, gebildet aus Christlichsozialen, Großdeutschen und Beamten.
27. April:
Kommunistische Arbeitslosenversammlung in Wien, versuchter Sturm auf das Parlament. Verletzte.
21. Oktober:
Nationalratswahlen. Christlichsoziale Partei 82 Mandate, Sozialdemokratische Partei 68, Großdeutsche und Landbund 15.
- 1924** 1. Juni:
Zusammenstoß zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten in Wien. Verletzte.
8. November:
Rücktritt der Regierung Seipel III.
20. November:
„Länderkabinett“ Ramek I, gebildet aus Christlichsozialen und Großdeutschen.
- 1927** 30. Jänner:
Zusammenstöße zwischen Republikanischem Schutzbund und Frontkämpfern in Schattendorf. Zwei Tote (davon ein Kind) und elf Verletzte.
2. März:
Waffensuche des Militärs mit Unterstützung von Polizeieinheiten im Wiener Arsenal.
5. März:
Heeresminister Vaugoin zieht die Wiener Wehrmacht zusammen – Mobilisierung des Republikanischen Schutzbundes.
24. April:
Nationalratswahlen. Einheitsliste von Christlichsozialen und Großdeutschen 85 Mandate, Sozialdemokraten 71, Landbund 9.
18. Mai:
Rücktritt der Regierung Seipel IV.

19. Mai:
Regierung Seipel V, bestehend aus Christlichsozialen, Großdeutschen und einem Vertreter des Landbundes.
14. Juli:
Urteil im Schattendorfer Prozeß: Freispruch der Angeklagten, auch in der Frage der Notwehrüberschreitung.
- 15./16. Juli:
Spontane Arbeiterdemonstrationen, Brand des Justizpalastes. Brutales Vorgehen der Wiener Polizei unter Leitung des Polizeipräsidenten Schober fordert 90 Todesopfer und ca. 600 Verletzte.
26. November:
Attentat auf Bürgermeister Seitz.
- 1928** 7. Oktober:
Große Heimwehrkundgebung in Wiener Neustadt, gleichzeitig Aufmarsch des Republikanischen Schutzbundes.
12. November:
Zusammenstoß mit Sozialdemokraten bei großem Heimwehraufmarsch in Innsbruck. Verletzte.
5. Dezember:
Wilhelm Miklas wird von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt.
- 1929** 7. April:
Zusammenstoß mit sozialdemokratischen Arbeitern bei Heimwehrtagung in Krems. Verletzte.
24. Oktober:
New Yorker Börsenkrach („Schwarzer Freitag“ am 25. Oktober).
27. Oktober:
Großkundgebung der Heimwehr auf dem Wiener Heldenplatz.
7. Dezember:
Die weitere Novellierung der Verfassung stärkt die Position des Bundespräsidenten (Notverordnungsrecht).
- 1930** 18. Mai:
Österreichische Heimwehrführer beschließen ein demokratiefeindliches und antimarxistisches Programm und leisten Schwüre auf ein ständisch gegliedertes Österreich („Korneuburger Eid“).
2. September:
Fürst Ernst Rüdiger Starhemberg wird Bundesführer des „gesamten österreichischen Heimatschutzes“.
30. September:
Zwei Heimwehrvertreter werden in die Minderheitsregierung Carl Vaugoin aufgenommen (Starhemberg Innenminister, Hueber Justizminister).
9. November:
Letzte freie Nationalratswahlen in der Ersten Republik. Sozialdemokraten 72 (71) Mandate, Christlichsoziale 66 (73), Nationaler Wirtschaftsblock und Landbund 19 (21), Heimatblock 8.
- 1931** 3.–5. März:
Besuch des deutschen Außenministers Julius Curtius in Wien, Verhandlungen mit Außenminister und Vizekanzler Schober über eine deutsch-österreichische Zollunion.
19. März:
Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Zollunionsvertrages.
21. März:
Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei protestieren gegen die Zollunion.
24. Mai:
Zusammenbruch der Creditanstalt und Höhepunkt der CA-Krise.
13. September:
Der Putschversuch des steirischen Heimwehrführers Walter Pfrimer („Marsch auf Wien“) scheitert.
- 1932** 20. Mai:
Regierung Dollfuß I (Christlichsoziale, Landbund, Heimatblock).
27. Mai:
Saalschlacht zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten in Hötting bei Innsbruck mit 1 Toten und über 30 Verletzten.
15. Juli:
Die Unterzeichnung der Lausanner Protokolle bewirkt eine erneute Völkerbundanleihe (300 Millionen Schilling) für Österreich unter der Bedingung eines zwanzigjährigen Anschlußverzichts.
1. Oktober:
Erste Anwendung des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes im Zusammenhang mit der CA-Sanierung.
- 1933** 4. März:
Die „Selbstausschaltung“ des Parlaments durch den Rücktritt der drei Nationalratspräsidenten läutet die autoritäre Regierungsdiktatur von Dollfuß (7. März) ein.
7. März:
Der Ministerrat beschließt, mit Hilfe des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1917 ohne Parlament weiter zu regieren.
31. März:
Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, der illegal fortbesteht.
21. Mai:
Gründung der Vaterländischen Front als patriotisch-österreichisch-nationale Sammlungsbewegung.
27. Mai:
Verbot der Kommunistischen Partei Österreichs.
28. Mai:
Die deutsche Reichsregierung verhängt die Tausend-Reichsmark-Sperre für Reisende nach und durch Österreich.
19. Juni:
Betätigungsverbot der NSDAP nach einem Handgranatenüberfall von Nationalsozialisten auf einen Wehrzug christlichdeutscher Turner bei Krems (1 Toter, 29 Verletzte).
11. September:
Dollfuß-Rede auf dem Wiener Trabrennplatz mit der Verkündung des Programmes für einen autoritären Ständestaat.
23. September:
Verordnung zur „Errichtung von Anhaltelagern zur Internierung politischer Häftlinge“.
- 1934** 12.–15. Februar:
Eine Waffensuche im Linzer Arbeiterheim „Hotel Schiff“ löst den Bürgerkrieg in Österreich aus; der „partielle Schutzbundaufstand“ wird von der Regierung Dollfuß (Bundesheer, Heimwehr) blutig niedergeschlagen, die Sozialdemokratische Partei und ihre gesamten Organisationen werden in weiterer Folge verboten.
17. März:
Unterzeichnung der „Römischen Protokolle“: verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich,

Ungarn und Italien; Dollfuß und Mussolini rücken näher zueinander.

30. April:
Restnationalrat (nur noch 76 Abgeordnete) beschließt Bundesverfassungsgesetz über außerordentliche Maßnahmen im Bereich der Verfassung: sog. österr. „Ermächtigungsgesetz“ (466 seit dem 27. April erlassene Notverordnungen mit 74:2 Stimmen angenommen).

1. Mai:
Proklamation einer neuen berufsständischen autoritären ständestaatlichen Verfassung („christlicher Bundesstaat auf ständischer Grundlage“).

25. Juli:
Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß durch Nationalsozialisten, die in das Bundeskanzleramt eingedrungen waren; der NS-Putschversuch scheitert jedoch, die Putschisten Planetta und Holzweber werden verhaftet und hingerichtet; in einzelnen Bundesländern (Kärnten, Steiermark) dauern die Kämpfe noch bis Ende Juli/Anfang August fort.

30. Juli:
Kurt Schuschnigg wird neuer Bundeskanzler.

1935 11.–13. April:
Dreimächtekonferenz Frankreich-Großbritannien-Italien in Stresa (Italien) beschließt lediglich Konsultationen bei einer Verletzung der territorialen Integrität Österreichs.

1936 11. Juli:
Abkommen Österreichs mit dem Deutschen Reich, welches zwar formell die österreichische Souveränität anerkennt, de facto aber den Anfang von Österreichs nationalsozialistischer Gleichschaltung markiert; mit Guido Schmidt und Edmund Glaise-Horstenau treten „betont Nationale“ in das Kabinett Schuschnigg ein.

15. Oktober:
Schuschnigg läßt alle Wehrverbände, darunter auch die Heimwehren, auflösen; Schaffung der überparteilichen „Frontmiliz“.

1938 12. Februar:
Hitler und Schuschnigg treffen sich auf Anregung des deutschen Gesandten in Wien, Franz von Papen, in Berchtesgaden, wobei der österreichische Bundeskanzler massiv unter Druck gesetzt und infolgedessen zu Konzessionen zur Regierungsumbildung (u. a. Seyß-Inquart als neuer Innenminister) gezwungen wird.

9. März:
Schuschnigg kündigt in Innsbruck für den 13. März die Abhaltung einer Volksbefragung über die Selbständigkeit Österreichs an.

11. März:
Deutsche Ultimaten an Österreich bewirken die Absetzung der Volksbefragung und den Rücktritt des Bundeskanzlers, den er durch eine Rundfunkansprache am Abend bekanntgibt.

12. März:
Die Deutsche Wehrmacht marschiert in Österreich unter großem Jubel ein; erste Verhaftungswellen von Regimegegnern setzen ein.

*Mit Kürzungen übernommen aus:
Weinzierl, Erika, Skalnik, Kurt:
Österreich 1918–1938. Geschichte der Ersten
Republik. Bd. 2, Styria-Verlag, Graz 1983,
S. 1095–1117.*

*Steininger, Rolf, Gehler, Michael
(Hg.): Österreich im 20. Jahrhundert.
Ein Studienbuch in 2 Bänden,
Bd. 1 Von der Monarchie bis zum Zweiten
Weltkrieg, Böhlau-Verlag, Wien 1997,
S. 562–575.*



Austromarxismus: Bezeichnung der österreichischen Richtung des Marxismus, die vor allem durch Max Adler und Otto Bauer vertreten wurde. Der Austromarxismus war eine politisch-philosophische Schule. Er befaßte sich mit der Nationalitätenproblematik, mit der Haltung der Sozialdemokratie zur Weltrevolution und zur Diktatur des Proletariats. Dabei bewegte er sich, nach Einschätzung Otto Bauers, zwischen den beiden Polen Bolschewismus und Reformismus. Die Theorie des Austromarxismus stand oft in Konflikt mit der politischen Praxis der Sozialdemokratie.

Bauer, Otto: Sozialdemokrat und führender Theoretiker des Austromarxismus. Er befaßte sich u.a. mit dem Nationalitätenproblem in der Habsburgermonarchie. In der Ersten Republik war Bauer wesentlich für die politische Haltung der Sozialdemokratie verantwortlich.

Einkammersystem: Organisation der gesamten Volksvertretung in einer Kammer. Österreich hat als Bundesstaat ein Zweikammersystem, wobei die erste Kammer (Bundesrat) die Vertretung der Länder, die zweite Kammer (Nationalrat) die Vertretung der Gesamtbevölkerung ist.

Entente: Allgemein ein Bündnis mehrerer Staaten aufgrund gleicher Interessen. Als Entente-Mächte des Ersten Weltkriegs werden alle Gegner der Mittelmächte (Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, später die Verbündeten Türkei und Bulgarien) bezeichnet.

Fink, Jodok: Christlichsozialer Politiker, einer der drei Präsidenten der Provisorischen Nationalversammlung, 1919/20 Vizekanzler, ab 1922 Obmann des Christlichsozialen Klubs im Nationalrat. Fink nahm in der Ersten Republik eine Vermittlerrolle zwischen den Christlichsozialen und der Sozialdemokratie ein.

Föderalismus: Prinzip des Staatsaufbaus, nach dem die einzelnen Gliedstaaten (Bundesländer, Bundesstaaten) über relativ große Autonomie (Selbstverwaltung) verfügen. In der Verfassung von 1920 fand das föderalistische Prinzip nur wenig Berücksichtigung. Die Verfassungsnovelle von 1929 gab dem Föderalismus dagegen mehr Gewicht.

Hauser, Johann Nepomuk: Christlichsozialer Politiker. Zweiter Präsident der Provisorischen (1918/19) und der Konstituierenden Nationalversammlung (1919/20), von 1908 bis 1927 Landeshauptmann von Oberösterreich. Er trat für die Verständigung mit den Sozialdemokraten ein.

Heimwehr: Sammelbezeichnung für Selbstschutzverbände, die unmittelbar nach dem Ende des Ersten Weltkriegs in den Bundesländern freiwillig als Ortswehren, Bürgergarden, Kameradschafts- und Frontkämpferverbände gegründet wurden. Sie wurden organisatorisch zusammengeschlossen und von österreichischen Großindustriellen unterstützt, die durch sie ein Gegengewicht zur sozialdemokratischen Arbeiterschaft aufbauen wollten. Im Verlauf der Ersten Republik kam es sehr häufig zu bewaffneten, blutigen Zusammenstößen mit dem republikanischen Schutzbund der Sozialdemokratie. Ende der zwanziger Jahre war die Heimwehr ein wichtiger Machtfaktor der Ersten Republik. Im Korneuburger Eid von 1930 bekannte sich die Heimwehr zum Austrofaschismus. Im Ständestaat übernahmen ihre Führer zunächst wesentliche Funktionen, u.a. stellten sie den Innenminister, wurden aber dann vor allem von Bundeskanzler Schuschnigg zurückgedrängt. 1936 wurde die Heimwehr aufgelöst.

Mayr, Michael: Christlichsozialer Bundeskanzler von November 1920 bis Juni 1921. Er war auch an der inhaltlichen Ausarbeitung der Verfassung von 1920 beteiligt. Die in Tirol und Salzburg gegen den Willen seiner Regierung abgehaltenen Abstimmungen zur „Anschlußfrage“ 1921 veranlaßten ihn zum Rücktritt.

Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz: Das Gesetz vom 24. 7. 1917 ermächtigte die Regierung, während der Dauer des Ersten Weltkriegs alle notwendigen Verfügungen für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung unter Umgehung des Parlaments zu treffen. Dieses Gesetz bildete später die Grundlage der Notverordnungen, mit deren Hilfe Bundeskanzler Engelbert Dollfuß nach Ausschaltung des Parlaments bis zum Entwurf einer ständestaatlichen Verfassung im Mai 1934 regierte.

Primärer Sektor: In der Volkswirtschaft unterscheidet man allgemein drei Wirtschaftssektoren, deren volkswirtschaftliche Bedeutung sich in den letzten 150 Jahren vom ersten zum dritten Sektor verschoben hat. Den primären Sektor bilden Land- und Forstwirtschaft, den sekundären Sektor Bergbau und Energiewirtschaft, Baugewerbe und verarbeitendes Gewerbe. Der tertiäre Sektor umfaßt Handel, Verkehr, Kreditgewerbe, Versicherungswesen und Dienstleistungen, staatliche und private Organisationen.

Provisorische Nationalversammlung: Am 21. 10. 1918 versammelten sich die deutschsprachigen Abgeordneten des 1911 gewählten Abgeordnetenhauses und konstituierten sich als Provisorische Nationalversammlung des selbständigen deutsch-österreichischen Staates bis zu den ersten allgemeinen und freien Wahlen. Die Provisorische Nationalversammlung rief am 12. 11. 1918 die Republik aus.

Rätebewegung: Während der Jännerstreiks gegen die Lebensmittelkrise und den Friedensvertrag von Brest-Litowsk bildeten sich 1918 die ersten Arbeiterräte, im November 1918 die Soldatenräte. Sie forderten nach ungarischem und Münchener Vorbild die Errichtung einer Räterepublik. Anfangs stellten sie eine politisch bedeutende Kraft dar, die Rätebewegung wurde aber bald von der Sozialdemokratischen Partei politisch eingebunden und teilweise unter ihre Kontrolle gebracht. In der Folge waren die Räte vor allem beratend und unterstützend tätig in Fragen der Lebensmittelversorgung, Wohnraumbeschaffung etc.

Renner, Karl: Sozialdemokratischer Politiker, war von 1919–1920 Staatskanzler und kurze Zeit Staatssekretär für

Äußeres. Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei trat er erfolglos für den Verbleib der Sozialdemokraten in der Regierungskoalition ein. Bis 1934 war er Abgeordneter und von 1931–33 Erster Präsident des Nationalrats. Renner war 1945 Staatskanzler der Provisorischen Regierung und wurde am 20. Dezember zum ersten Bundespräsidenten der Zweiten Republik gewählt.

Seipel, Ignaz: Christlichsozialer Politiker, ab 1922 Bundeskanzler mehrerer bürgerlicher Koalitionsregierungen. Ende der zwanziger Jahre äußerte Seipel zunehmend Skepsis gegenüber dem parlamentarischen Regierungssystem und erhoffte sich eine politische Lösung durch die Heimwehren. 1929 trat Seipel als Bundeskanzler zurück, spielte aber dennoch eine wichtige Rolle in der österreichischen Innenpolitik der nächsten Jahre.

Sozialgesetzgebung: Unter dem sozialdemokratischen Staatssekretär Ferdinand Hanusch wurde zwischen 1918–1920 die Sozialgesetzgebung ausgebaut. Dazu gehörten die Gesetze über den Achtsturentag und die Einführung des Arbeiterurlaubs, die Einrichtung von Betriebsräten, Einführung von Kollektivverträgen und der Ausbau der Sozialversicherung.

Ständestaat: Bezeichnung für die ständisch-autoritäre Staatsform Österreichs zwischen 1934–1938. Nach der Ausschaltung des Parlaments durch Bundeskanzler Engelbert Dollfuß im März 1933 wurden die demokratischen Einrichtungen der Verfassung schrittweise demonitiert. Die Basis des Ständestaates bildete eine berufsständische Verfassung und ein Einparteiensystem, das weitgehend von Mitgliedern der Christlichsozialen Partei und der Heimwehr getragen wurde.

Subsidiaritätsprinzip: Nach diesem Prinzip übernehmen übergeordnete gesellschaftliche Einheiten (z.B. Partei, Staat) nur solche Aufgaben, die nicht von untergeordneten Einheiten wahrgenommen werden können.

Verfassung von 1920: Die am 1.10.1920 von der konstituierenden Nationalversammlung beschlossene Verfassung wurde vom Staatsrechtler Hans Kelsen unter Mitarbeit von Politikern wie Karl Renner, Robert Danneberg und Michael Mayr ausgearbeitet. Folgende Prinzipien wurden dabei berücksichtigt: Föderalismus, starke Stellung des Parlaments und Abhängigkeit der Regierung vom Parlament. Das föderalistische Prinzip war in der Verfassung von 1920 allerdings erst schwach ausgebildet. Die Verfassungsnovelle von 1929 brachte dagegen eine stärkere Stellung der Zweiten Kammer (Bundesrat) und des Bundespräsidenten.

Zentralismus: Im Gegensatz zum Föderalismus betont der Zentralismus die zentrale Gewalt des Bundesstaates gegenüber den Bundesländern und schränkt die Autonomie der Bundesländer ein. In der Ersten Republik vertrat die Sozialdemokratische Partei eine zentralistische Haltung, während die Christlichsoziale Partei für eine Stärkung der Bundesländer eintrat.

Gehmacher, Johanna: Völkische Frauenbewegung. Deutschnationale und nationalsozialistische Geschlechterpolitik in Österreich, Wien (Döcker Verlag) 1998

Die Autorin untersucht die Verbindung zwischen völkisch-deutschnationalen Milieus in der Zwischenkriegszeit und der nationalsozialistischen Bewegung im Bereich der Geschlechterpolitik anhand einzelner Persönlichkeiten, der Frauenpolitik der Großdeutschen Volkspartei und der Frauenerorganisationen der NSDAP.

Stieg, Gerald: Frucht des Feuers. Canetti, Doderer, Kraus und der Justizpalastbrand, Wien (Edition Falter im Österreichischen Bundesverlag) 1990

Stieg analysiert ein Schlüsselereignis der Ersten Republik – den Brand des Justizpalastes 1927 – im Hinblick auf seine Nachwirkungen in den Werken von Canetti, Doderer und Kraus und beschreibt damit auch die grundsätzliche Beziehung zwischen Literatur und Geschichte.

Tálos, Emmerich u.a. (Hg.): Handbuch des Politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien (Manz Verlag) 1995

Das Handbuch gibt eine grundlegende Einführung in das politische System der Ersten Republik. Die einzelnen Kapitel befassen sich mit der Geschichte und Struktur der Parteien, des Verfassungs- und Regierungssystems, der Bevölkerungsstruktur, der Kultur etc.

Tálos, Emmerich, Neugebauer, Wolfgang (Hg.): Austrofaschismus. Beiträge über Politik, Ökonomie und Kultur 1934–1938, Wien (Döcker Verlag) 1988

Der Sammelband beleuchtet unterschiedliche Aspekte des Ständestaates in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Kultur und gibt dabei eine grundsätzliche Begriffsbestimmung des Austrofaschismus.